

# Neue Tischler-Zeitung

Zeitschrift für die Interessen des Tischlergewerbes

Publikationsorgan des Deutschen Tischlerverbandes und sämtlicher freien Vereine der Tischler (Schreiner) und verw. Berufsgenossen, des Verbandes deutscher Korbmacher, sowie der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler etc. und der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse deutscher Korbmacher (Sitt. Zeit).

Erscheint wöchentlich.  
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.  
Post-Nummer: 4559.

Herausgeber: W. Gramm in Hamburg.  
Verantwortlich für die Redaktion: Wilhelm Pfannsch, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigenteil: Alb. Nöste, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg - Eimsbüttel, Bismarckstraße.

Inserate f. d. viergespalt. Beitzelle od. deren Raum 30 A,  
Bergnügungs-Anzeigen 15 A, Berammlungs-Anzeigen  
und Stellenvermittlungen 10 A pro Beitzelle.  
Beilagen nach Uebereinkunft.

## Zur Lage!

Die Osterferien des Reichstags sind zu Ende. Vorige Woche, Donnerstag, hat derselbe seine Arbeiten wieder aufgenommen. Die Frage, welches Schicksal wird die Militärvorlage treffen, steht im Vordergrund und beschäftigt vorwiegend alle Gemüther.

Die Einen behaupten, das Schicksal der Militärvorlage ist besiegelt. Sie wird und muß fallen. Die Anderen, auch solche, die dem Centrum des politischen Lebens nahe stehen, sind der Meinung, es werde schließlich dennoch ein Arrangement zwischen der Regierung und den Mehrheitsparteien zu Stande kommen, sich noch Alles in Wohlgefallen auflösen.

Vorläufig steht das Eine fest, weder die Regierung noch die Mehrheitsparteien haben besondere Eile, die Entscheidung herbeizuführen. Nicht die Entscheidung selber ist es, welche die Hadernden mit banger Sorge erfüllt, sondern die Konsequenz derselben. Die Antwort auf die Fragen: Was nun? was jetzt beginnen? dürfte bisher nicht gefunden sein. Die jetzige Situation gleicht der Windstille vor dem Ausbruch des Sturmes. Sie wird beherrscht von dem Gedanken, Zeit gewonnen, Alles gewonnen. Dem aufmerksamen Beobachter drängt sich die Meinung unwillkürlich auf, daß man auf beiden Seiten auf die Gunst des Schicksals hofft, einen das Welttheater beeinflussenden Akt hinter der Kulisse in Vorbereitung weiß, unter dessen Abspielden beide Theile sich reputirlich aus der verzwickten Sachgasse herausziehen könnten.

Die Centrumspresse weiß von „gut unterrichteter Seite“ zu melden, daß der Bericht der Militärkommission vor Ende dieses Monats nicht zur Verlesung und Festsetzung in der Kommission gelangen kann. Diese Meldung muß als zutreffend gelten, denn die „gut unterrichtete“ Seite wird wohl in dem Berichterstatter der Kommission, dem Centrumsabgeordneten Gröber, zu suchen sein. Die zweite Beratung der Militärvorlage und damit die zu treffende Entscheidung über dieselbe im Plenum des Reichstages würde mühsam erst im nächsten Monat erfolgen, vorausgesetzt, wenn die Reichsregierung nicht die Erklärung abgegeben wird, die Sache habe keine besondere Eile, sie verzichte im gegebenen Moment auf die Weiterberatung der Vorlage, und den Vorschlag daran knüpfen wird, um die bisher geförderte Arbeit in der Kommission sicher zu stellen, den Reichstag nach Erledigung seiner sonstigen Arbeiten nicht zu schließen, sondern bis zur Herbstsession zu vertagen.

Wir sind der Meinung, dies Arrangement würde den Reichsboten bürgerlicher Objektivität eine Zentnerlast vom Leibe nehmen und deshalb freudige Zustimmung bei ihnen finden. Die politischen Wetterfahnen, welche der tiefgehenden Volksregung gegen die Militärvorlage denn doch nicht zu tragen wagen, leben von einem Tag zum anderen der Hoffnung, es finde sich in dieser Zeit ein schicklicher Vorwand, die auch von ihnen sehnsüchtig gewünschte Vermehrung der Militärmacht durchzusetzen. sehen sie doch in ihr kurzfristiger Weise nur das einzige Schutzmittel, die immer „begehrlicher“ auftretenden Arbeiter im Schach zu halten.

Unsere Meinung wird beeinflusst von der vor Eingeweihten zugestandenem Thatsache, daß andere und weitergehende Versuche, eine Verständigung zwischen der Regierung und den Opponenten herbeizuführen,

nicht gemacht werden können. Die Versuche der Opponenten zur Herbeiführung einer Verständigung sollen in mehrfacher und umfassender Weise gemacht worden sein, als darüber in die Volkskreise gedrungen ist. Diese vielseitigen Versuche scheinen nun der Reichsregierung verhängnißvoll geworden zu sein. Sie hat gewiß nicht mit Unrecht kalkuliert, daß, wer so vielseitig Anerbietungen zu machen versteht, schließlich auch Alles hergiebt, was er zu geben vermag. Die Statulation würde sich auch als richtig und zutreffend erwiesen haben, wäre die Erregung der Volkskreise nicht so gewaltig angeschwollen. Dem unzweideutig zum Ausdruck gekommenen Volkswillen, der scharf und präzise die Ablehnung der Vorlage forderte, wagte man doch nicht Troß zu bieten. Auch die gehegte Hoffnung, die Erregung des Volkes werde sich mit der Zeit mindern, erwies sich als eine trügerische. Statt abzunehmen, übertrug sich die Erregung auf immer weitere Kreise, und die Sozialdemokratie kann für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, die Meinung des Volkes über die Tragweite der Militärvorlage aufgeklärt zu haben. Hat die Reichsregierung mit den politischen Wetterfahnen kein Erbarmen, kommt sie ihnen mit einer Vertagung des Reichstages nicht zu Hülfe, so wird und muß im nächsten Monat sich entscheiden, was nur bis zum Herbst vertagt würde, wenn kein rettender Akt über das Welttheater ginge, ob der Reichstag aufgelöst oder die Militärvorlage aufgegeben würde. Nach welcher Seite würde die Entscheidung fallen? Diese Frage wird nun seit dem Einbringen der Vorlage ventilirt. Wir sind der Meinung, daß die Auflösung des Reichstages dann die einzige übrig bleibende Maßregel sein wird.

Ebenso bündig als wie die Opposition sich gegen die Militärvorlage erklärt, ebenso und noch bündiger hat sich die Reichsregierung für die Vorlage als ein untheilbares Ganzes ausgesprochen und engagirt. Ein Aufgeben der Vorlage seitens der Regierung ist nicht zu erwarten. Der Gedanke daran würde wohl niemals dem Kopfe des Kanzlers entspringen. Würde er ihm nahegelegt, so würde der sehnsüchtige Wunsch desselben, die Dantirung seiner Kanzlerwürde, in Erfüllung gehen. Vorgänge und Thatsachen, die nicht hierher gehören, sprechen dafür, daß der Lauf der Dinge sich in diesem Rahmen nicht abspielen wird.

Wenn das aber nicht geschehen wird, so bleibt nur noch der eine Ausweg, die Reichstagsauflösung. Wird sie erfolgen? Wir bezweifeln es. Ohne Propheet zu sein, kann wohl mit aller Bestimmtheit die Behauptung aufgestellt werden, daß etwaige Neuwahlen die Opposition sowohl verstärken als auch der entschiedensten radikalen Seite derselben einen größeren Einfluß verschaffen werden. Das steht wohl außer allem Zweifel. Damit ist aber durchaus noch nicht festgestellt, daß die Hoffnungen der Reichsregierung damit noch schlechtere geworden wären, als sie heute sind. Im Gegentheil, wir sind der Meinung, die Chancen der Reichsregierung für Annahme der Militärvorlage steigen durch vorzunehmende Neuwahlen, auch in dem Falle, daß die Wahlen die jetzige Opposition numerisch und nach der radikalen Seite hin stärken.

Erlaube den bürgerlichen Parteien angehörige und sich als radikal ausspielende Abgeordnete machen schon das Gespenst einer zweiten und dritten Auflösung des

Reichstages, den Konflikt an die Wand. Wir sehen diese Gespenster nicht. Die Bourgeoisie ist unfähig, einen Konflikt mit der Regierung aufzunehmen. Die führende Rolle würde somit der Sozialdemokratie zufallen, und das will die Bourgeoisie doch, so lange es angeht, zu hindern suchen. Die Bourgeoisie beginge Selbstmord, ließe sie es auf einen Konflikt mit der Regierung ankommen.

Die Bourgeoisie würde unseres Erachtens schon mit einer Reichstagsauflösung müde gemacht und bewilligen. Den opponirenden Bürgerlichen, unter ihnen vor Allem dem Centrum, würde eine Auflösung des Reichstages gelegen kommen. Als stramme, nicht umgefallene Oppositionsmänner würden sie nochmals als der feste Thurm erscheinen und vollzählig wieder in den Reichstag kommen, was nicht der Fall sein wird, wollte das Centrum jetzt bewilligen. Sind aber die Neuwahlen gewesen und hat man Zeit, fünf Jahre lang den Wählern verständlich zu machen, hätte man die Militärvorlage nicht akzeptirt, so wäre man später gezwungen gewesen, noch mehr zu bewilligen, dann kann man es schon einmal riskiren, gegen den Willen der Wähler zu handeln; denn, denken die Gewählten, Zeit gewonnen, Alles gewonnen. Dazu käme noch, daß das Centrum in der Lage wäre, die Rückkehr der Jesuiten einhandeln zu können, ein Moment, welcher geeignet ist, Beachtung zu verdienen.

Sonach wäre für beide Theile, die bürgerlichen Parteien und die Reichsregierung, die Auflösung das geringere Uebel, welches nur dann gefährlich werden kann, wenn die Wählermassen in erheblichem Maße in das sozialdemokratische Lager schwenken.

Die letztere Gefahr könnte für die Regierung bestimmd sein, in die Vertagung des Reichstages zu willigen, um die Entscheidung über die Militärvorlage noch hinauszuschieben. Es wäre dies ein Zugeständniß an die bürgerlichen Parteien, denselben Zeit zu lassen, ihre Wähler von ihrer Oppositionstreue zu überzeugen, um dann später, nach den vorgenommenen Neuwahlen, die dann erst nächstes Jahr zu vollziehen wären, um so sicherer umzufallen. Denn das darf man nicht übersehen, die Bourgeoisie wird lieber zwei derartige Militärvorlagen bewilligen, als den Einfluß auf eine fünfjährige Gesetzgebungsperiode einbüßen.

Die Regierung handelt nur großmüthig, wenn sie die bürgerlichen Parteien nicht jetzt vor die Entscheidung zwingt, wofür sich die Bourgeoisie auf alle Fälle dankbar erweisen werden. Schreitet die Regierung zur Auflösung des Reichstages, so wird sie auch jetzt ihren Zweck erreichen und von den Bourgeois Alles bewilligt bekommen. Auf einen Konflikt werden es die Letzteren nie und nimmer ankommen lassen.

Aus dem Angeführten ergibt sich, daß nachdem die Reichsregierung und die bürgerliche Opposition sich so engagirt, wie geschehen, wenn nicht inzwischen ein historischer Akt über die Weltbühne zieht, die Auflösung des Reichstages feststehende Thatsache ist. Fraglich kann nur sein, ob dieselbe nächsten Monat oder nächstes Jahr eintreten wird.

Für die Arbeiterklasse folgt daraus, auf dem Posten und gerüstet zu sein. Für die Arbeiterklasse darf es keiner Mobilmachungsordre bedürfen, es muß Alles marschbereit zum Loschlagen sein. Sollen wir uns bereit.

Die Triebfeder der Sozialreform.

Unter Sozialreform wird gemeinhin heute alles das verstanden, was seitens der Regierung und von den herrschenden Parteien gethan wird, der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen. Damit ist anerkannt worden, daß die Sozialdemokratie die rücksichtsloseste Vertreterin der Arbeiterklasse ist, und in dieser rücksichtslosen Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse die ungeheure Macht und Anziehungskraft besitzt, welche sie auf die proletarischen Massen ausübt.

Diese Macht und diesen Einfluß zu brechen, sollte Aufgabe der Sozialreform sein, die, um den Massen mundgerechter gemacht zu werden, von den Lobhudlern der Sozialreform mit dem besser klingenden Namen Staatssozialismus belegt wurde. Nicht freiwillig und aus eigenem Antriebe hat man sich für die Experimente des Staatssozialismus entschieden, sondern gezwungenermaßen, gedrängt und geschoben von der Sozialdemokratie. Sie ist die eigentliche Triebfeder des Staatssozialismus, der gesetzgeberischen Maßnahmen, die mit dem Sammelnamen Sozialreform belegt werden. Der vormalige Reichskanzler sprach es denn auch einmal in einer seiner vielen unglücklichen Stunden zum Leidwesen der Bourgeoisie offen aus, „ohne Sozialdemokratie keine Sozialreform“.

Der Gedanke des Staatssozialismus fand erst dann Eingang bei unseren Staatsweisen, als man sich überzeugen mußte, daß die sozialdemokratische Bewegung denn doch etwas mehr darstelle, als das Werk einiger Hezer und phantastischer Utopisten, denen man mit den Machtmitteln der Staatsgewalt glaubte Mores lehren zu können. Man mußte sich sehr bald überzeugen, daß die Sozialdemokratie als Träger des Kulturfortschritts auftrat, daß man diese Kulturmission nicht leugnen, sondern derselben Zugeständnisse machen mußte.

Wenn die bürgerlichen Parteien auch auf die Machtmittel der Staatsgewalt pochen und in der Vorausicht, daß sie in erster Linie dazu dienen werden und sollen, Privilegien und Vorrechte des Besizes zu schützen, alles das bewilligen werden, was zu der Stärkung der Machtmittel der Staatsgewalt beiträgt, so können sie sich doch nicht der Einsicht verschließen, daß man mit der Gewalt zwar Vieles, aber doch nicht Alles erreichen kann. Auf die Gewalt und die Machtmittel kann die bürgerliche Gesellschaft aber auf die Dauer nicht bauen. Sie selber besteht gegenüber den proletarischen Massen aus einer verschwindenden Minderheit. Sie kann sich nicht herausnehmen, nur auf die eigene Kraft gestützt die Forderungen der Arbeiterklasse schoner Weise zu verweigern. Sie muß die Erfahrung machen, daß Dank der unermüdlichen sozialistischen Propaganda die Position der Arbeiterklasse von Tag zu Tag eine härtere und befechtigtere und damit die der bürgerlichen Gesellschaft eine bedrohlichere und unhaltbarere wird.

Für die bürgerliche Gesellschaft lautet darum die Parole: „Rettet, was zu retten ist“. Dieser Parole entspricht die Sozialreform; sie ist die Frucht von der Frucht der bürgerlichen Gesellschaft vor der Klassenbewußten Arbeiterschaft.

Die Rettung ihrer Privilegien und Vorrechte wird von der bürgerlichen Gesellschaft in doppelter Richtung unter der Führlin des Staatssozialismus versucht. In erster Linie hat man sich überzeugt, daß die sozialistische Kritik in Bezug auf die privatkapitalistische Produktion sehr viele Wahrheiten enthält, die zu beherzigen im Interesse des Unternehmertums liegt, die, wenn beachtet und die richtigen Anwendungen gezogen, zur Erhöhung des Profits mit beitragen. Der Staatssozialismus veranlaßt, gleich der Sozialdemokratie, die anarchoistische, schrankenlose Konkurrenz der heutigen Wirtschaftsordnung und in auch bemüht, sowohl durch staatliche Eingriffe, Zölle, Differenzialtarife in Gebiete der Großproduktion, als wie auch durch Spezialgesetze zum Nutzen der Kleingewerbetreibenden auf diesem Gebiet dem gegenseitigen Vernichtungskampf zu setzen. Nur bleibt und muß der Versuch ein hoffnungsloser bleiben.

Der Kapitalismus auf dem Gebiete der Großproduktion läßt sich die staatliche Förderung zur Erhöhung des Profits gern gefallen; die Interessengruppen gestalten sich nur um deswillen noch manchmal in die Form, weil sie der Meinung sind, die eine Gruppe genüge vor der anderen noch einem Spezialvorzug, auf den kann man mit reichlichen Mitteln geschäftlich werden. Die staatlichen Maßnahmen zur Erhöhung des Kapitalprofits weisen das Unternehmertum durch Bildung von Kartellen, damit die Konkurrenz unter sich nicht befechtend, aber auch den Kleingewerbetreibenden des Lebenslicht vollständig ausbleibend. So die Großproduktion sich entwickelt und in ihrem Ent-

wicklungsgang sozusagen an der Schwelle der sozialistischen Gesellschaft angelangt ist, da ist kein Raum und keine Lebensluft mehr für den Kleinbetrieb vorhanden. Es ist fast völlig unbegreiflich, daß die Handwerker den inneren Widerspruch, von dem die Sozialreform, der Staatssozialismus beherrscht wird, nicht zu durchschauen vermögen.

Das, was von der bürgerlichen Gesellschaft den Kleingewerbetreibenden unter dem Vorgeben von der Erhaltung des Mittelstandes geboten wird, ist nicht der Ausfluß höherer wirtschaftlicher Einsicht, sondern engherzigen Klasseninteresses. Das Gebotene wird gegeben aus Furcht vor der Sozialdemokratie, gegen deren stets höher gehenden Wellenschlag die vermeintliche Erhaltung des Mittelstandes den Schutzdamm abgeben soll. Vorkäufig ist nicht abzusehen, wie lange die Kleingewerbetreibenden sich noch zu der ihnen von dem Kapitalismus aufgedrängten Hütterolle gebrauchen lassen werden. Doch einige weitere Jahre der wirtschaftlichen Entwicklung werden genügen, diese bemitleidenswerthen Vertrauensseligen von der Hoffnungslosigkeit ihres Hoffens und Wartens zu überzeugen. Die Erhaltung des Mittelstandes bedeutet für den Kapitalismus nicht die wirtschaftliche Stärkung des Ersteren, die würde ja eine Schwächung seines Profites nach sich ziehen, sondern sie ist im Munde des Kapitalismus nur eine Phrase, dem plumpsten politischen Bauernfang dienend. Es ist ein Konjens, von Jemand Stärkung und Nahrung zu erwarten, dem man selber zur Aufspeisung dienen soll, es sei denn, die Aufspeisung solle auf eine gelegener Zeit verschoben werden, in welcher der Verdauungsprozeß ungeörter vor sich gehen könne.

In zweiter Linie hat man nicht umhin gekonnt, trotzdem soviel von den unberechtigten und unverschämten Forderungen der Arbeiter die Rede war und noch ist, zuzugreifen, theils sogar offiziell, daß in den sozialdemokratischen Forderungen ein berechtigter Kern enthalten sei, und daß man auch Willens sei, diesem sich willfährig zu zeigen. Es gehört kein sonderlicher politischer Scharfsinn dazu, um zu erkennen, daß mit der Beschwichtigungsförmel von dem „berechtigten Kern“ ein Keil in die geschlossene Phalanx der Arbeiterbewegung getrieben werden sollte. So oft auch von der Sozialdemokratie der Versuch gemacht worden ist, die Regierung oder die herrschenden Parteien zu einer Erklärung darüber zu zwingen, was sie unter berechtigten oder unberechtigten Forderungen der Arbeiter verstehen, wo denn die Scheidelinie beider Kategorien zu ziehen ist; eine klare, bündige Deklaration haben wir bisher nicht darüber erhalten und werden sie wohl auch niemals erhalten. Die Deklaration über die berechtigten Forderungen wird deshalb nicht gegeben, weil man damit dem Arbeiter überhaupt ein Recht zugeben würde, Forderungen zu stellen. Dies Recht beabsichtigt die bürgerliche Gesellschaft ihm aber niemals zuzugestehen. Der Arbeiter soll das, was ihm in der Form von Versicherungen oder sonstigen Schutzbestimmungen geboten wurde, als verabreichte Wohlthaten hinnehmen, die ihn zur Dankbarkeit verpflichten. In diese unterwürfige Rolle läßt sich der Arbeiter nicht hineinzwängen. Er ist sich seines Rechts, zu fordern, zu fordern auf Grund der veränderten Produktionsbedingungen, bewußt. Das, was man ihm als die Segnungen der Sozialreform bietet, ihm als dem Hülfsmittel des Staatssozialismus entgegenzusetzen, nimmt er als etwas ganz Selbstverständliches, ihm Gehörendes und Zukommendes hin. Der Arbeiter untersucht, ob das ihm Gebotene seinen Interessen entspricht, ob es zulänglich oder verkümmert ist, niemals aber werden mit solchen Gaben seine Forderungen zum Schweigen gebracht oder ihm gar noch das Gefühl der Dankbarkeit eingepflanzt werden. Daß der Arbeiter der Mehrzahl nach so, wie dargestellt, denkt, fühlt und handelt, das ist das Werk der Sozialdemokratie, die unermüdlich für die Bedung des Klassenbewußtseins thätig ist.

Das Endziel der Arbeiterbewegung ist die Beseitigung der durch den Privatbesitz an den Produktionsmitteln bedingten Lohnarbeit. Diese Beseitigung bedingt die Kampfesstellung der Arbeiterklasse, die aufzugeben sie durch die homöopathischen Dosen des Staatssozialismus niemals können verleitet werden.

Die Aufhebung der Kampfesstellung seitens der Arbeiterklasse sollte aber der vornehmlichste Zweck der Sozialreform, das Ziel des Staatssozialismus sein. Daß der Zweck und das Ziel nicht erreicht wurde, hat den Horn der Bourgeoisie gewaltig angefüllt. Daß der Zweck und das Ziel nicht erreicht werden konnte, weil man die Ursache des Arbeiterlebens unangefastet ließ, das kann man in den kapitalistischen Kreisen nicht begreifen, das geht über den Horizont der von der Profitsucht gemübten wirtschaftlichen Einsicht des Proletariats. Der Sozialdemokratie hoffte man den

Wind aus den Segeln zu nehmen, und man brachte nur neue Triebfedern in Spannung, die auf dem Gebiete der Sozialreform die bürgerliche Gesellschaft vorwärts treiben. Für die bürgerliche Gesellschaft giebt es kein Halten mehr. Selbst gegen ihren Willen muß sie vorwärts, vorwärts getrieben vom Sozialismus.

Der Werftarbeiter-Streit in Hull.

Leicht möglich ist es, daß diese Bewegung weit größere Dimensionen annimmt, als diejenige früherer Jahre, namentlich wenn sich die Rheder so unerbittlich und hartnäckig zeigen sollten, als gerade jetzt. Bereits hat sich eine Deputation von Stadtverordneten, mit dem Bürgermeister an der Spitze, aufgemacht, um den allgewaltigen Herrn C. F. Wilson zu bestimmen, gelindere Saiten anzuziehen. Alles vergeblich. Derselbe erklärte, er empfinde unter keinen Umständen Arbeiter-Deputationen oder würde sich irgend welchem schiedsrichterlichen Aussprüche beugen.

Die Arbeiter, sagte er, hätten sich seinen Bedingungen zu fügen, an welchen er kein Jota ändern würde. Wenn infolgedessen sich der Handel von dem Hafenplatz zurückziehe, so wäre das eben ein Unglück für Hull. Unter allen Umständen müsse die Union der Werftarbeiter gebrochen werden.

Darauf sagte ihm Altermann Stuart, er würde dem Minister des Innern berichten, daß sich die Rheder zu keinem gütlichen Vergleich bequemen, da sie sich Kanonenbütten und Dragoner zu ihrem Schutze hätten kommen lassen. Zugleich bemerkte er, daß sowohl bei dem Anzuge der Streiker, 9000-Mann, noch im weiteren Verlauf des Streiks nicht die mindesten Unordnungen stattgefunden hätten. Die Magistratspersonen hätten die Militärtruppen kommen lassen, da dieselben meist Rheder wären.

Die Gewerkschaften haben erklärt, bei den Werftarbeitern festzuhalten, auch die Männer von Bradford in Middleborough haben ihre Hilfe zugesagt. Man trägt Büchsen in die Häuser und verkauft Karten zu 6 Penny für Krämerwaren, welche schon von den Einwohnern zu vielen Tausenden gekauft worden sind, um sie dann den Streikern zu geben.

Sollten die Rheder siegen, so würden sie bald in jedem Hafen Großbritanniens dasselbe frivole Spiel erneuern, um die Union zu brechen.

J. S. Wilson, General-Sekretär der Matrosen- und Heizer-Union, sagte einem Reporter in Betreff seiner Stellungnahme gegenüber der Rheder-Federation: Augenblicklich ist in Hull eine vollständige Blockade, bei allen Arbeiten in den Docks sei ein ebenjoller Stillstand eingetreten, und er hätte Maßregeln getroffen, diesen Arbeitsstillstand auch auf andere Häfen auszudehnen. Rheder Wilson's Dampfer sollen nun von Hartlepool ausgehen, er hätte aber bereits Befehl erteilt, die Blockade auch auf diesen Hafen auszudehnen. Auch in Cardiff werden alle Unionsmänner die Arbeit einstellen.

Die Londoner Werftarbeiter sind furchtbar gereizt, und der geringste Anstoß wird genügen, sie in Feuer und Flamme zu setzen, und dort ebenfalls einen großen Doder-Streit einzuleiten. Nur mit äußerster Mühe konnte die Führlin sie zur Ruhe bestimmen. Dauert aber der Streit in Hull noch diese Woche, so werden sich die Londoner Arbeiter gegen die Thronen der Rheder-Federation empören. 15 000 Mann stehen bis jetzt fest, die die Unternehmer gebieten über höchstens 100 Mann in ihren Diensten.

Ben Tillet sagte: „Steht fest, wenn sie auch ihre Soldaten mit geladenen Gewehren heranzuschleppen, um uns einzuschüchtern. Die Tage unserer Nachkommen werden heller, besser und schöner sein als die unserigen. Unsere Kinder werden unsere Ansäcker pflügen. Wir wissen, daß die Kapitalisten unter Hund untergraben und sprengen wollen. Steht fest.“ (Laut Beifall.) Tillet's Nachfolger, Orbell, hat bereits sämtliche Männer auf Wilson's Schlepfern bestimmt, sich der Union anzuschließen. Die Kapitäne der Segelschiffe konnten dadurch in große Noth.

J. S. Wilson M. P., General-Sekretär der Matrosen- und Heizer-Union, sagte in Cardiff: „Sollte die Union die Federation der Schiffseigner nicht zu ihren Forderungen bestimmen können, so würde man den ganzen Sommer über einen Querschnitt schonungslos gegen sie führen. Denn der Werftarbeiter ist im Winter hilflos verlassen, nun käme die Sommerkation für die Rheder, denen man ebenso mißspielen würde. Vor Allem müßte die Seeluft verhindert werden, in den berechtigten Arbeits-Bureaus anzumustern. Ein allgemeiner Streik wäre jetzt sehr angebracht.“

Unter den Londoner Werftarbeitern, sagte Wilson, herrscht jetzt das Gefühl, als wenn die Stunde der Entscheidung nahe, wo sie alle ihre Rechte und Freiheit erringen könnten bei festem Zusammenstehen. Ein Tag der Vergeltung wegen aller der vielen Unbill, die ihnen die Rheder-Federation zugefügt, nahe heran. Sie glauben sehr an die guten Folgen eines Londoner Werftarbeiterstreiks. Aus allen Theilen Englands langen ermunternde Adressen an.

Eine „trolley“ (Drähne der Bahnmeister) mit Stüdkütern wurde umgehürt und in's Wasser gerollt. Auch ein Karren mit Betten wurde zerstört, welcher für die norwegischen Schwarzröße bestimmt war. Eine Anzahl Streikbrecher wurde angegriffen und ihnen ihre Engagementskarten abgenommen. Als ein Polizei-Inspektor mit Konstablern erschien, zerstreuten sich die Arbeiterpiquets. Unter den 100 Arbeitern in den Docks befanden sich 25 Unionisten. Auch in South-Shields sprach J. S. Wilson M. P. (nicht zu verwechseln mit dem reichen Rheder, dessen Bruder vor ein paar Tagen in Hamburg starb). Eine Resolution sprach große Mißbilligung über das Benehmen der Rheder gegenüber den Arbeitern aus. So auch in Liverpool. In beiden Häfen wird bald der Streik ausbrechen.

In den Alexandra-Docks liegen viele Dragoner, angeblich um die Ordnung aufrecht zu erhalten, die bis jetzt nicht gefährdet. Keir Hardie befragte im Parlament den Minister des Innern, wer denn eigentlich berechtigt sei, Militär- und Karabinensoldaten nach Hull zu beordern, lediglich im Interesse der Rheder, welche die Trades-Unions zerören wollten, welche unter gesetzlichen Parlamentsbeschlüssen sich organisierten hätten. Man sollte sie sofort wieder zurückziehen. Asquith, Minister des Innern, erwiderte: Die Lokalbehörden von Hull hätten sie verlangt. Weder im Interesse der Rheder, noch um die Union zu brechen, wären sie an-

gelangt. Die Vorkommissoren hätten nicht hinreichende Polizeikräfte, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Ueberall ist das Militär die Polizei in zweiter Linie.

### Sozialpolitische Rundschau.

**Freigesprochen.** In dem Prozeß gegen 26 Mitglieder des Tischlerverbandes in Magdeburg, wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz wurde am 13. d. M. von der Strafkammer des Landgerichts das Urtheil verkündet. Es lautete gegen sämtliche 25 Angeklagten auf Freisprechung. Beantragt waren in einem Falle 1 Monat Gefängnis, in vier Fällen je M. 150, in den übrigen Fällen je M. 100 Geldstrafe!

**Gewerbegerichtliches.** Am 10. d. M. haben die Wahlen zum Gewerbegericht in Mannheim stattgefunden. In der Klasse der Arbeiter legte die sozialdemokratische Liste mit 700 Stimmen Majorität. In der Klasse der Unternehmer war das Umgekehrte der Fall. Hier blieb den Unternehmern der Sieg mit 600 Stimmen Mehlreich. Der Ausfall der Wahl ist darum ein so entscheidender, als die Wahl die erste Kraftprobe sein sollte, die Sozialdemokratie durch das bereinigte Vorgehen aller ihrer Gegner zu erdrücken. Es ist bezeichnend, daß die Kirch-Dünder'schen an diesem Manöver Theil nahmen. Der Liebe Mühe war umsonst. Die Gegner hatten ihre Hoffnungen auf den Fall „Hänsler“ gebaut, indem sie in den Irrthum verfielen, die Mannheimer Arbeiter wählten nicht zu unterscheiden zwischen einem Menschen, der das Vertrauen seiner Brüder in der nichtwürdigen Weise getäuscht und mißbraucht hat, und der von allen Personen unabhängigen proletarischen Bewegung und deren Kämpfe Würden untere Gegner, die proletarische Bewegung ein klein wenig besser känderten, so würden sie sich manche Blamage ersparen. Doch es ist jedes Menschen Recht, sich zu blamiren, so gut wie er es kann. — Am Montag, den 10. d. M., erfolgte die Eröffnung des neu gewählten Gewerbegerichts in Berlin. In den Anmeldebüchern entwickelte sich ein lebhafter Verkehr. Es waren acht Beamte erforderlich, um die Entgegennahme der Klagen und Anträge zu bewirken. Ueber 80 Arbeitnehmer waren erschienen. Der erste Termin wird zu Anfang der nächsten Woche stattfinden.

**Nachwehen vom Bergarbeiterstand.** Der Bergmann Michalski stand vor der Dorimunder Strafkammer, der Nöthigung angeklagt. Er soll einen arbeitenden Bergmann auf dem Wege zur Beche „Woruffa“ am Arm gefaßt und gefaßt haben: „Heute wird nicht gearbeitet, heute wird gestreikt.“ Er wurde zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. Der Bergmann Otto soll einen arbeitenden Bergmann mit den Worten bedroht haben: „Heute läßt Du noch mal zum Lohne gehen, morgen aber nicht mehr, sonst schlage ich Dir die Knochen entzwei.“ Er wurde daher mit einem Monat Gefängnis bestraft.

**Die Jahresberichte der sächsischen Gewerbe-Inspektoren für das Jahr 1892** sind jetzt erschienen. In denselben findet sich eine recht interessante Statistik über die Art der Vöhung, den Lohnsatz und die durchschnittliche Arbeitszeit, leider nur für ein beschränktes Gebiet, den Inspektionsbezirk Annaberg. Die Statistik erstreckt sich auf 335 Betriebe mit zusammen 6049 Arbeitern. Danach ist der Lohn Stundenlohn in 50, Tagelohn in 22, Wochenlohn in 90, Monatslohn in 9, Akkord- oder Stücklohn in 72, gemischter Lohn in 87 Anlagen. Die Lohnzahlung ist ebenso mannigfach geregelt. Sie erfolgt Montags in 1, Dienstags in 2, Mittwochs in 1, Donnerstags in 4, Freitags in 30, Sonnabends in 276, Sonntags in 9 Anlagen, unbestimmt ist sie in 11, achtzig in 217, vierzehntägig in 109, monatlich in 9 Betrieben. Was die Arbeitszeit angeht, so beträgt sie für erwachsene Arbeiterinnen in 1 Anlage 8 Stunden, in 1: 8, in 2: 9 1/2, in 19: 10, in 7: 10 1/2, in 74: 11, in 4 über 11 Stunden, für männliche erwachsene Arbeiter in 1 Anlage 8 Stunden, in 6: 9 1/2, in 40: 10, in 16: 10 1/2, in 118: 11, in 15: 11 1/2, in 82: 12, in 1: 12 1/2, in 3: 13, in 9: 13 1/2 Stunden, während sie in 28 unbestimmt ist. Ueber den Jahrlatz finden wir folgende Bemerkung: „Die am Sonnabend, und zwar Abends, erfolgende Vöhung erfährt lebhaften Widerspruch. Nach Einführung der Sonntagsruhe im Handeltreibergewerbe muß im Interesse des Arbeiterstandes eine obligatorische Verlegung der Lohnauszahlung vom Sonnabend auf einen anderen Wochentag geordnet werden, weil die Zeit am Sonnabend Abend sich nicht mehr zur Besorgung der nöthigen Einkäufe eignet, besonders da, wo durch Dreistatut oder sonstige Freistellung der Verkehr am Sonntag lediglich auf den Lebensmittelverkauf beschränkt ist. Die Frau des Arbeiters könne oft nicht mehr die vortheilhafteste, sondern nur die nächste Einkaufsquelle aufsuchen, was mehrfach mit Unzuträglichkeiten verknüpft ist und die Arbeiterfamilie benachtheiligt. Die Lohnzahlung bedarf daher dringender Regelung.“

Jetzt erkennen die Gewerbetätigen, daß es notwendig ist, die Lohnzahlung zu regeln; als die Novelle zur Gewerbeordnung dem Reichstage zur Berathung vorlag, wurden von den sozialdemokratischen Abgeordneten, in der Kommission sowohl als im Plenum, Anträge gestellt, die darauf abzielten, diese Frage durch das Gesetz zu regeln. Diese Anträge wurden von dem Adm. Stimm auf das Festigste bekämpft; der Reichstag unterhielt den Beherrschenden von Neunkirchen und brachte die Anträge zu Fall. Nun bekämpfen selbst die sächsischen Gewerbetätigen, daß die Sozialdemokraten recht gehabt haben.

**Vermehrung der Zahl der nichtständigen Mitglieder des Reichs-Versicherungsamtes.** Nach der Bestimmung des § 87 des Unfallversicherungs-Gesetzes sollen von den nichtständigen Mitgliedern des Reichs-Versicherungsamtes je zwei von den Vorständen der Berufsgenossenschaften und von den Vertretern der versicherten Arbeiter gewählt werden. Außerdem sind für jedes dieser Mitglieder zwei Stellvertreter zu wählen. Infolge der außerordentlichen Ausdehnung der Geschäfte des Reichs-Versicherungsamtes hätte sich bald die Unzulänglichkeit dieser Zahl heraus. Die Zeit der Wahlen wurde durch die Theilnahme an den Sitzungen des Reichs-Versicherungsamtes bedauerlich in Anspruch genommen, daß die Industriellen außer Stande waren, diese Wirksamkeit mit ihrer eigenen Berufstätigkeit zu vereinigen, und die Arbeiter, die während eines großen Theils des Jahres ihrer Werkstatt entzogen waren, von ihren Arbeitgebern entlassen wurden. Infolge dieses Uebelstandes beschloß der Reichstag im vorigen Jahre auf Antrag der Abgeordneten Müller und Köhne eine Abänderung des Gesetzes dahin, daß in Zukunft die Zahl der Stellvertreter der nichtständigen Mitglieder des Reichs-Versicherungsamtes je nach Bedürfnis vom

Bundesrat bestimmt werden solle, und dieser Beschluß hat demnach die Zustimmung der verbündeten Regierungen gefunden. Auf Grund dieser Vorschrift liegt gegenwärtig dem Bundesrat der Antrag des Reichsamtes des Innern vor, die Zahl der stellvertretenden Mitglieder, die infolge eines dringenden Bedürfnisses bereits im vorigen Jahre auf fünf erhöht werden mußte, jetzt bis auf Weiteres auf sechs festzusetzen. Der geschäftsführende Ausschuss des deutschen Berufsgenossenschaftstages hat nun in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Bundesrat dringend zu bitten, diesem Antrage nicht zuzustimmen, da die vorgeschlagene Zahl nach den bisherigen Erfahrungen dem Bedürfnisse bei Weitem nicht entspricht. Der Ausschuss hält eine erhebliche Vermehrung der stellvertretenden Mitglieder für dringend notwendig, wenn nicht der sozialpolitische Zweck, der durch die Buziegung des Valenelements bei der Rechtsprechung beabsichtigt ist, verfehlt werden soll, da es bei der Ueberlastung der Mitglieder schon jetzt kaum möglich ist, geeignete Bewerber für die Besetzung der Stellen zu finden, andererseits die Beseitigung einer größeren Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Thätigkeit des Reichs-Versicherungsamtes dem allgemeinen Interesse an der Sache nur förderlich sein könnte. Da in Kurzem die Neuwahlen der nichtständigen Mitglieder auf drei Jahre erfolgen sollen, so würde überdies die jetzige Beschränkung der Zahl der stellvertretenden Mitglieder auf sechs zweifellos in Kürze die Nothwendigkeit herbeiführen, den schwerfälligen Wahlapparat zur Vornahme von Nachwahlen von Neuem in Bewegung zu setzen. Man hofft hiernach in berufsgenossenschaftlichen Kreisen, daß der Bundesrat die Zahl der Stellvertreter von sechs auf zehn oder zwölf erhöhen wird.

**Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamtes.** Die Nr. 7 der „Amtlichen Nachrichten des Reichs-Versicherungsamtes“ vom 1. April 1893 enthält folgende Refuratsentscheidungen: Es ist zulässig, einen Entschädigungsanspruch zugleich gegen mehrere Berufsgenossenschaften zu verfolgen; der Einwand der Rechtsabhängigkeit kann von einer in Anspruch genommenen Berufsgenossenschaft nicht mit dem Hinweis darauf, daß das Verfahren noch gegen eine andere Genossenschaft schwebt, begründet werden.

Die vorbehaltlos und ohne Einschränkung abgegebene Erklärung der Zurücknahme eines Rechtsmittels hat den Verlust des Rechtsmittels zur Folge.

Eine Partei, welche im Feststellungsverfahren noch nicht aufgetreten ist, kann sich, anstatt den Entschädigungsanspruch bei der Berufsgenossenschaft anzumelden, lediglich dem von einer anderen Partei bereits anhängig gemachten Streitverfahren anschließen, sofern sie an dem Ausgang des Rechtsstreits ein unabweisbares rechtliches Interesse hat; die dadurch eintretende Rechtsabhängigkeit des Anspruchs kann von der Berufsgenossenschaft durch Ertheilung eines neuen Bescheides nicht mehr beseitigt werden.

Die Schiedsgerichte sind nach keiner Richtung in der Wahl und Würdigung der Beweismittel beschränkt, können mithin auch Vertrauensmänner der belangtesten Berufsgenossenschaft eiblich als Zeugen vernehmen lassen. Die Schiedsgerichte sind nicht gebindert, auch unbedingten Aussagen von Zeugen maßgebendes Gewicht beizulegen.

Nicht der Inhaber, welcher den Scharwerker angenommen, sondern der Gutsherr, in dessen Betriebe und zu dessen Vortheil die Arbeit des Scharwerkers verrichtet wird, und der den Lohn für diese Arbeit bezahlt, muß als Arbeitgeber des letzteren angesehen werden. Der Unternehmer des landwirtschaftlichen Betriebes als solcher ist mithin auch verpflichtet, die gesetzlichen Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung für den Scharwerker zu entrichten, und die Frage, ob und welche Beiträge zu leisten sind, kann nur nach dem Verhältniß, welches zwischen ihm und dem Scharwerker besteht, beurtheilt werden. Wird von dem Gutsherrn ein bares Entgelt für die Arbeit des Scharwerkers entrichtet, so ist die Versicherungspflicht begründet, selbst wenn der Inhaber als Mittelsperson dazwischen tritt und den von dem Arbeitgeber bezahlten Barlohn in freier Unterhalt umzieht, den er dem Scharwerker gewährt.

Eine Operation wider Willen des Versicherten ist in dem auf Grund des § 12 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes von der Versicherungsanstalt eingeleiteten Heilverfahren unstatthaft.

In einem Einzelfalle ist eine Krankheit, welche zwar die Fortsetzung des Lohnarbeitsverhältnisses ausschloß, die Ausübung einer geringfügigen Unternehmertätigkeit aber noch gestattete, gemäß § 17 Absatz 2 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes für anrechnungsfähig erachtet worden.

Die Vorschrift des § 26 Absatz 4 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes, wonach die monatlichen Theilbeträge der Renten auf volle fünf Pfennige nach oben abzurunden sind, findet auch dann Anwendung, wenn die Rente gemäß § 34 a a. O. theilweise ruht.

Ferner hat das Reichsversicherungsamt in Berlin in dieser Woche zwei Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung gefällt, die von Frankfort a. M. ausgehende Prozesse betreffen. In dem einen Falle handelte es sich um die Klage einer Wittve gegen die Müllererei-Berufsgenossenschaft. Der Mann der Wittve hatte 30 Säcke mit je zwei Zentnern Getreide aufgeladen, erlitt darauf einen Blutzug und wurde arbeitsunfähig. Der Kreisphysikus, Sanitätsrath Dr. Grandhomme, erklärte, die Lunge des Mannes sei schon vor dem Unfall erkrankt gewesen. Das Schiedsgericht verurtheilte aber die Berufsgenossenschaft zur Zahlung der gesetzlichen Rente. Der Mann starb bald darauf, und eine Sektion ergab, daß seine Lunge durch Schwindel total zerstört war. Infolgedessen lehnte die Berufsgenossenschaft auch jede Entschädigung ab, die von der Wittve beanprucht wurde. Das Schiedsgericht beschäftigte sich abermals mit der Sache und wies die Klage der Wittve ab, weil der Mann an Tuberkulose und nicht infolge des Unfalls gestorben sei. Das Reichsversicherungsamt hob aber das Urtheil des Schiedsgerichts auf und sprach der Wittve die Rente zu. Für den Entschädigungsanspruch, so erklärte der Senat, sei es nicht erforderlich, daß die bei dem Unfälle erlittene Verletzung die alleinige Ursache der eingetretenen Erwerbsunfähigkeit z. Bilde, sondern es genüge, wenn sie nur eine von mehreren dazu mitwirkenden Ursachen sei. — Der zweite Fall betraf die Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft in Frankfurt a. M. Der Kläger, in diesem Prozesse ein Vierjähriger, war eines Tages damit beschäftigt, den Kunden auf dem Lande das Bier seiner Brauerei zu überbringen. Als er seinen Auftrag erfüllt hatte, fuhr er heimwärts und zündete sich eine Zigarette an; schon nach kurzer Zeit schlief er ein und

wachte erst wieder auf, als seine Kleidung in Flammen loderte. Mit Mühe und Noth gelang es ihm, die Flamme zu erstickern und sein Leben zu retten. Schwere Wunden machten ihn jedoch lange Zeit gänzlich erwerbsunfähig. Die Brauerei-Berufsgenossenschaft lehnte aber jede Rente ab. Das Schiedsgericht verurtheilte die Berufsgenossenschaft zur Zahlung der gesetzlichen Rente und nahm an, daß der Zugwind und die schnelle Fahrt den Unfall mitverursacht hätten. Das Reichsversicherungsamt bestätigte, nach der „N. Br.“, das Erkenntniß des Schiedsgerichts und sprach dem Verbrannten ebenfalls die begehrte Rente zu, indem es entgegen der Berufsgenossenschaft einen Betriebsunfall für vorliegend erachtete.

**Die Wahl in Dortmund** findet am 8. Mai statt. Ueber die Vorbereitungen zu derselben weiß die Presse zu melden, daß der Antrag kennliche Stimmzettel, die zur Ungültigkeitserklärung des Mandats des Herrn Müller führen mußten, wieder zu verwenden, diesmal ausgeschlossen sei, da die Freisinnigen, Nationalliberalen und Centrumslente durch ihre Vorstände beschloffen haben, Stimmzettel für die drei Parteien von gleichem Papier und gleichem Format in einer Druckerei herstellen zu lassen. Dieser Beschluß hat mit der Neuerung des Unfugs der Wahlbeeinflussung durch kennliche Stimmzettel nicht das Geringste zu thun. Derselbe kennzeichnet sich als eine Vergewaltigung der Sozialdemokratie, die bei den Wahlen 1890 erfolgreich den Nationalliberalen, trotz deren unerhörten Quertreibungen, das Feld streift zu machen wußte. Die Sozialdemokratie errang die zweitgrößte Stimmenzahl im Kreise und erlag bei der Stichwahl nur den maßlosen Wahlbeeinflussungen, die von den liberalen Unternehmern ausgingen. Durch den Beschluß der drei Vorstände wird der frühere Unfug der Wahlbeeinflussung nicht beseitigt, sondern gegenüber der Sozialdemokratie sanktionirt. Oder glaubt man, gegen diese sei jeder Unfug erlaubt? Wir kennen keinen größeren Unfug, als wenn man seine Freude über die Beseitigung eines Unfugs ausdrückt, die ein größerer Unfug ist, als der früher bestandene. Er ist ihrer Urheber werth.

**Das Gelehrtenproletariat** ist in bedenklicher Zunahme begriffen. Wir haben früher schon einmal an der Hand statistischen Materials nachgewiesen, daß auf dem Gebiete der Pädagogik, der Justiz und auch der Medizin der voraussetzliche Bedarf auf fünf Jahre hin durch die vorhandenen Kandidaten, Aspiranten und Assessoren gedeckt ist, ohne daß dieselben durch die jährlichen Zugänge eine Ergänzung zu erfahren bräuchten. Es liegt auf der Hand, daß die keine Unterkunft findenden Studenten sehen müssen, wo sie bleiben, und daß die Unmöglichkeit einer Verwendung sie dazu hindrängt, den Ursachen derselben nachzuforschen. Daraus erklärt sich die Thatsache, daß unter den Anhängern der Sozialdemokratie sich zahlreiche Gelehrtenproletarier tummeln. Den Regierungen und den herrschenden Parteien ist diese Entwicklung der Dinge höchst unangenehm. Da die Letzteren zu stutzig sind, tiefer in denbeutel behufs Abhilfe zu greifen, ist die Regierung gezwungen, auf Auswege zu suchen. So glaubt die sächsische Regierung einen solchen Ausweg darin gefunden zu haben, daß die Sekretariats- und Bureauassistentenstellen künftig nur von solchen die Prüfung bestandenen Leuten besetzt werden sollen, welche die Realschule bezw. das Gymnasium besucht haben. Mit dieser Maßregel hofft man den Zubrang zu den Universitäten einzudämmen. Doch was dem Einen in der bürgerlichen Gesellschaft zum Vortheil gereicht, muß dem Anderen zum Schaden ausschlagen. Wird es Praxis, daß zu den Subalternbeamtenstellen Real- oder Gymnasialbildung erforderlich sein soll, so wird damit die Hoffnung der Militäraufwärtler auf lohnendere Verwendung eine geringere, wodurch schließlich eine weitere Erhöhung der Unteroffiziersprämien in Aussicht kommen könnte. Man sieht, die Konsequenzen unseres heutigen Wirtschaftssystems drängen dahin, die Ordnung desselben in seinen Fundamenten zu untergraben.

**Zur Frage der Gerichtssprache.** In einer kleinen Schrift: „Der Urtheilszustand in sprachlicher Beziehung“, hat der schon durch manche Arbeiten auf dem Gebiete der Fachliteratur bekannt gewordene Reichsgerichtsrath Daubenspeck eine sehr wichtige Angelegenheit zur Sprache gebracht. Wer gezwungen ist, öfter gerichtliche Urtheile zu lesen, wird sich über das Deutsch gewundert haben, in dem manche Entscheidungen abgefaßt sind. Der Reichsgerichtsrath Daubenspeck, der sich in seiner Abhandlung nur an einen Theil des Urtheils hält, sagt: „In den Urtheilsbeständen der Urtheile sind bei alten Richtern eigentliche Sprachfehler selten. Es mag das daher kommen, daß diese Richter aus einer Zeit stammen, wo noch auf der Schule die erzählende Form der Darstellung nach dem Vorbilde der Klassiker mehr als jetzt geübt wurde. Dagegen zeugen die von jüngeren Richtern angefertigten Urtheilsbestände von einem auffallenden Mangel an Sprachkenntnissen, und ich finde, daß dieser Uebelstand von Jahr zu Jahr zugenommen hat.“ Nicht bloß die Urtheilsbestände, auch die Entscheidungsgründe lassen sehr häufig die erforderlichen Sprachkenntnisse vermissen, und selbst die Entscheidungen des Reichsgerichts sind, obwohl dort nur ältere Richter arbeiten, durchaus keine Muster eines guten Stiles. Viel schlimmer noch sind freilich die Befannntmachungen und Schriftstücke der Verwaltungsbehörden der verschiedenen Zweige. Man begegnet da den argsten Verbislen gegen die Regeln der deutschen Sprache, ja, es will uns scheinen, daß der Kampf gegen die Fremdwörter gleichzeitig zu einer Verwilderung des Gehörs für die deutsche Sprache geführt hat. Das Deutsch in unseren Gesetzen und in den parlamentarischen Aktenstücken ist häufig geradezu schrecklich. Es wäre sehr wünschenswert, daß einmal Jemand die Reichs- und preussischen Gesetze und Verordnungen der neueren Zeit auf ihre grammatische Richtigkeit hin prüfte; wir sind überzeugt, das Resultat würde in weiten Kreisen Ueberraschung hervorrufen.

Die Kritik ist eine herbe, aber berechtigte. Ohne Rechtsbeistand ist der Verleumdung kaum im Stande, aus dem bunten Gemenge der Gedanken zusammenstellung sich zurecht zu finden.

**Vom Arbeiterisiko.** Die Zahl der tödtlichen Verunfallungen bei dem Bergwerksbetrieb im Deutschen Reich war im Jahre 1892 niedriger als im Jahre vorher, obwohl die Zahl der versicherten Arbeiter von 224 440 auf 421 187 gestiegen ist. Es verunglückten hiervon 830 Mann oder 1,96 auf 1000 Mann gegen 977 oder 2,32 auf 1000 im Jahre vorher. Dauernde Erwerbsunfähigkeit trat ein bei 428 Verletzten, theilweise Erwerbsunfähigkeit bei 2161 Mann; die Sektionen hatten überhaup 4146 Entschädigungen festzusetzen, zur Anzeige gelangten 24 139 Unfälle oder 81,1 auf 1000. Es ist dieses die höchste Verunglückungsziffer seit Bestehen der Unfallversicherung.

Im Vorjahre waren es 79 61 auf 1000. Die Summe der gezahlten Entschädigungen belief sich auf 4 560 282 M. 35 Pfg. Hiervon hatte die Sektion Bochum fast die Hälfte, nämlich 2 116 155 M. zu tragen.

Ein netter Lehrmeister. Die gestittete Kultur lehrt, daß es schmächtig sei, Thiere zu quälen, und das mit Recht. Aber es wäre sehr angebracht, diese Lehre auch auf Menschen auszudehnen und rohen, brutalen Vorgesetzten mit aller Strenge des Gesetzes einzuschärfen, ihre Untergebenen nicht zu mißhandeln. Die Berechtigung dieser Forderung beweist eine Verhandlung gegen den Schreiner Thom. Herbert in Heibingsfeld bei Würzburg. Dieser gefühllose Mensch maltratierte seinen armen Lehrlingen bei den geringsten Anlässen in einer geradezu gemeinen Weise. Prügel mit Lattenstücken waren nichts Ungewöhnliches, außerdem schlug er ihn mit dem Hammer auf den Kopf, nahm ihm vergangenen Winter bei der großen Kälte Nachts die Bettdecke, schüttete ihm heißen Leim in das Gesicht oder fuhr ihm mit dem Pinsel voll heißem Leim in das Gesicht, legte ihm glühende Kohlen auf die Hände (!) stellte ihn nur mit den Füßen bedeckt auf den heißen Ofen (!). Man sieht, das Foltern im Mittelalter war nicht viel schlimmer. Daß die Nahrung des armen Durstigen keine hinreichende war, läßt sich nach den oben genannten Brutalitäten als selbstredend bezeichnen. Das menschliche Schicksal, das als Grund seiner rohen Handlungsweise angeht, daß er in seiner Jugend ebenso behandelt worden sei, erzielt die vollauf verdiente Strafe von 6 Monaten Gefängnis.

Ueber einen noch brutaleren Vorgang wird vorige Woche aus Meerane gemeldet: In Meerane hat ein junger Schlossermeister, der an Stelle seines erkrankten Vaters dessen Geschäft übernommen hatte, bei der Arbeit einen Lehrling mit einer spitzen, glühenden Stange erstochen. Der junge Mann ist sonst sehr gut beleumundet und hat die That offenbar im Jähorn begangen. Er gibt an, es sei ein Wortwechsel vorhergegangen und dabei sei dem Lehrling das glühende Eisen in den Leib gefahren. Wie dies zugegangen sei, behauptet er nicht zu wissen. Er wurde verhaftet. — Läßt sich für die Handlungsweise des Meisters nicht Geistesgekränktheit als Entschuldigungsgrund anführen, dann gibt es keinen Ausdruck, den Art der Rohheit und Gemeinheit zutreffend zu bezeichnen.

Kapitalistische „Entbehrungslohn“. Dividenden zahlen: Aktiengesellschaft Silesia, Verein chemischer Fabriken, Breslau, 7 pSt. Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Berlin 9 pSt. Verein chemischer Fabriken in Mannheim 12 pSt. Deutsche Continental-Gasgesellschaft 10 pSt. Bergwerks-Gesellschaft Dahlbusch 13 1/2 pSt. Bergbau-Gesellschaft Pluto (Köln) 11 1/2 pSt. Farbwerke vorm. Meister, Lucius und Brüning, Höchst am Main (1889 22 pSt., 1890 25 pSt., 1891 26 pSt., 1892 26 pSt.). Salzwert Chambrey Straßburg 14 pSt. Bergwerks-Gesellschaft Bergeluis 10 pSt. Chemische Fabrik Bismarcker, vormals Hell und Schamer 9 pSt. Preussische Zentral-Bodenkredit-Aktiengesellschaft in Berlin 9 1/2 pSt. Sächsisch-Thüringische Aktiengesellschaft für Braunkohlen-Verwertung, Halle a. S., 7 pSt. Halleische Maschinenfabrik und Eisengießerei 35 pSt. Berlin-Sabener Juliabril 7 pSt. Kaffee Federfabrik-Industrie 10 pSt. Kommanditgesellschaft Hermann Gerjon, Berlin, 8 pSt. Raggofabrik Gebr. Hofmann 10 pSt. Große Berliner Pferde-Eisfabrik Aktiengesellschaft 12 1/2 pSt. Allgemeine Berliner Dampfbahn-Aktiengesellschaft 12 pSt. Magdeburger Bergwerks-Aktiengesellschaft 20 pSt. Schleifische Zinkhütten-Aktiengesellschaft 15 pSt. Sammitaaren-Fabrik E. Schwanitz u. Co. 12 1/2 pSt. Dampfgesellschaft Bielefeld 10 pSt. Baupapier-Fabrikanten 7 pSt. Bombberger Mechanische Baumwollspinnerei 10 pSt. Geseheimer Glasfabrikanten-Berle 8 pSt. Metallwerke vorm. J. F. Aders in Ragdeburg 10 pSt. Terracinggesellschaft Groß-Vogelsee 30 pSt. Bergwerks-Gesellschaft Konsolidation 12 pSt. Stralauer Chemiefabrik vorm. Dider 15 pSt. Berliner Explosivwerke 7 1/2 pSt.

Aus der Schweiz. Der Kanton Schaffhausen hat in der Volksabstimmung mit 4920 gegen 1189 Stimmen beschlossen, die Todesstrafe wieder einzuführen. Ein kürzlich in Schaffhausen verübter räuberischer Mord gab im Momente der Aufregung, welche die Bevölkerung ergriff, Anlaß zur Erhebung eines Petitionsbegehrens, welches die Wiederherstellung dieser Todesart verlangte und in kürzester Zeit die nötige Unterschriftenzahl fand. Der Große Rath, welcher unter dem Vorname der angelegten öffentlichen Meinung stand, stimmte dem Begehren bei und das Volk erhob es eadigentlich zum Beschluß. Seitdem durch eine richterliche Bewegung das Verbot der Todesstrafe aus der Bundesverfassung ausgezerrt wurde, haben etliche Kantone vom Recht der Wiederherstellung der Todesstrafe Gebrauch gemacht; bis jetzt galt es aber als unerhört, daß ein so aufgeklärtes Volkswesen mit protestantischer Nation, wie der Kanton Schaffhausen im Jahre jetzt, wieder zu jenem mittelalterlichen, schrecklichen Exekutionsmittel, der Todesstrafe, zurückkehren werde.

Aus Frankreich. Die sozialistischen Stadttrübe in Paris verlangen von der Commune die Ueberlassung der Markthallen-Verkaufsstellen zur Veranlagung eines großen sozialistischen Marktes am 1. Mai.

Aus England. In dem Grubenunglück in Pontypridd meldet ein Telegramm vom 14. d. M. Spät gestern Nacht brach eine Schaar Leute, von fünf Bergleuten und dem Grubenführer begleitet, in die inneren Schächte des verhängnisvollen Bergwerks. Auf ihrem Marsch wargen sie über viele ungeheure Gänge hinweg, die teilweise die Gänge gänzlich verstopften und nur mit großer Anstrengung überwinden werden konnten. Das Unglück ist indes keineswegs ein neues, das oben an der Grubenöffnung langlich Barteiden mitgeteilt wurde, war, daß sie bei der 33. Schicht angekommen waren. Doch ist es sicher, daß in der noch verbleibenden Schicht je mancher Bergmann zu finden sein wird. Im Ganzen hat also die Todesliste bisher 61 Namen. Mehr als 70 Gänge sind bereits werden. Die Rettungsarbeiten sind 11 Männer und Frauen hinter einer Thür abgeschlossen, als ob sie sich hier vor den eindringenden Rauchgasen und Feuergefahren hätten schützen wollen. Keine haben versucht, sich in die Luftlöcher zu retten. Die Arbeit beschränkt es allen Leuten ohne Ausnahme den Gruben zu verlassen. Die große die Höhe in der Grube war, kann man daraus entnehmen, daß ein an's Tageslicht hinaufgehender Bergmann, obwohl in ständiger Entfernung von dem Grubenmund begraben, jetzt ganz angebrannt war. Das Glück war schließlich abgelaufen, so daß die meisten Truhen leerverblieben.

Aus Schweden. In Malmö in Schweden wurde am ersten Oherstag ein sozialdemokratisches Versammlungshaus, „Das Haus des Volkes“ genannt, eingeweiht. Es ist das erste Gebäude dieser Art in Schweden und ist von einer sozialdemokratischen Aktiengesellschaft aufgeführt worden. Die Kosten betragen 85 000 Kronen. 600 Personen, darunter Delegirte von auswärtigen sozialistischen Vereinen, wohnten der Einweihungsfeier bei.

Aus Norwegen. Die Sozialdemokraten haben beschlossen, am 1. Mai eine großartige Demonstration zu Gunsten des Achtstundentags zu veranstalten. Dieselbe soll am 17. Mai nochmals wiederholt werden, um für die Einführung des allgemeinen Stimmrechts zu agitieren. Der 17. Mai ist der Jahrestag der Unionierung Norwegens mit Schweden. Die Union ist nur eine personelle, das heißt der König von Schweden ist zugleich König von Norwegen. Im Uebrigen haben beide Länder getrennte Regierung und Verwaltung. Das norwegische Volk ist vornehmlich demokratisch. Der vor zwei Jahren von Schweden unternommene Versuch, die schwedische Militärverfassung Norwegen aufzudrängen, scheiterte an der entschiedenen Haltung des norwegischen Volkes und seiner Vertretung. Die Frage der Lösung der Union trat damals unverblümt und offen in den Vordergrund.

### Deutscher Tischlerverband.

#### Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Laufe der letzten Woche versandten wir an sämtliche Bevollmächtigten und Vertrauensmänner je ein Exemplar der von der Generalkommission der Gewerkschaften herausgegebenen Broschüre: „Anleitung zur Benutzung des Vereins- und Versammlungsrechtes in Deutschland“.

Wir eruchen die Bevollmächtigten, diese Broschüre aufmerksam zu lesen und im gegebenen Falle aus derselben Rath zu schöpfen.

Das überhandte Exemplar ist Eigenthum der Zahlstelle und geht bei Wechsel des Bevollmächtigten auf den Nachfolger über.

Sollten mehr Exemplare gewünscht werden, so können solche von uns zum Preise von 30  $\frac{1}{2}$  portofrei bezogen werden.

Die Protokolle des Holzarbeiterkongresses, sowie der dritten Generalversammlung der Vereinigung der Drechsler und des fünften Verbandstages des Tischlerverbandes werden, in einer Broschüre vereint, binnen kurzem im Druck erscheinen. Dieselben werden zum Selbstkostenpreise (voraussichtlich 15  $\frac{1}{2}$  pro Exemplar) abgegeben.

Wir eruchen die Lokalverwaltungen und Vertrauensmänner, schleunigst festzustellen, wieviel Exemplare am Orte gebraucht werden und uns hieron Mitteilung zu machen, damit die Auflage bestimmt werden kann. Ausdrücklich machen wir jedoch darauf aufmerksam, daß die Besteller resp. Zahlstellen für Bezahlung der bestellten Zahl Exemplare aufzukommen haben.

Carl Klotz, erster Vorsitzender.

#### Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben. D. R.)

Anklam i. P. Wegen Lohn Differenzen in der hiesigen F. Jachob'schen Möbelfabrik bitte den Zuzug nach hier streng fernzuhalten. Näheres folgt. Anfragen sind zu richten an

M. A. Krüger, Brüderstraße 422.

Lucdlinburg. Am Sonntag, den 9. d. M., fand hier eine öffentliche Tischlerversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit. 2. Stellungnahme zur Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit. Vom Verbandstag zurückgekehrt hielt Kollege Schmidt, Berlin, einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über oben genanntes Thema. Ueber den zweiten Punkt sprach Kollege Schmidt, Lucdlinburg. Er führte u. A. aus, daß diese Forderung schon im Herbst an die Meister gestellt sei, sie es jedoch nicht der Mühe werth gehalten hätten, auf unsere Forderung, welche per Zirkular den Meistern zugesandt war, zu antworten. Hierauf fragte der Vorsitzende, Kollege Jimer, der Herrn Oberinnungsmeister Brand, welcher von allen Tischlermeistern allein erschienen war, ob die Forderung schon Stellung genommen habe. Dies wurde von Herrn Brand verneint, er sei aber mit unserer Forderung einverstanden, müsse jedoch erst die anderen Meister fragen, ob sie damit einverstanden seien. Hierauf sprach Kollege Trautvetter über die Forderung, welche die Verbandskollegen gestellt haben. Diefelbe lautet: 1. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, 2. Mindestlohn 28  $\frac{1}{2}$  pro Stunde und 3., da die Kost so schlecht bei den Meistern sei, Nachzahlung der Kost und des Logis beim Meister. Hierauf ging Kollege Schmidt, Lucdlinburg, noch näher auf die Lage der hiesigen Kollegen ein. Er meinte, daß der Durchschnittslohn sich auf höchstens M. 4 mit Kost und Logis für die ganze Woche belaufe und ein verheirateter Kollege bei einem hiesigen Meister nicht arbeiten könnte. Kollege Koplenger, Berlin, hält es für traurig, daß die Meister, welche zu dieser Versammlung eingeladen, nicht erschienen seien; dieselben seien jahrelang moralisch vernichtet, wenn sie diese einfache annehmbare Forderung nicht bewilligten. Genosse Trautvetter stellt den Antrag, eine Kommission von 3 Mitgliedern zu wählen, die in den nächsten 8 Tagen mit den Meistern verhandeln soll. Dieser Antrag wurde angenommen und die Kollegen Schmidt, Jimer und Raungetz in die Kommission gewählt. Nachdem noch mehrere Kollegen zu Gunsten unserer Forderung gesprochen und Kollege Schmidt, Berlin, in seinem Schlusswort alle Kollegen aufgefordert hatte, sich dem Verbandsantrags anzuschließen, wurde die Versammlung geschlossen.

Am 16. d. M. tagte eine zweite öffentliche Tischlerversammlung. In derselben sollte die Kommission Bericht über die Verhandlungen mit den Meistern erstatten. Im Namen der Kommission sprach Kollege Schmidt. Die Kommission war am Donnerstag von den Meistern eingeladen; die Meister hätten derselben aber das Wort abgeschnitten, weil Kollege Schmidt betonte, daß die meisten Kollegen die Schwindsucht von der langen Arbeitszeit bekämen. Ein Meister hätte angeführt, daß

sein Vater schon 80 Jahre alt sei, aber noch nicht die Schwindsucht habe. Dann wurde die Kommission gebeten, sich vorläufig zurückzuziehen, bis die Meister Beschluß gefaßt hätten, was auch geschah; als sie sich nach einer Stunde erkundigen wollte, waren die Meister bereits alle verschwunden. Durch geheime Abstimmung erklärte sich die Versammlung für Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit. Auf diese Forderung soll die Lohnbewegung beschränkt bleiben. Elf Kollegen verpflichteten sich, zu kündigen und nach Ablauf der Kündigungsfrist abzureisen. Den Kollegen noch zur Nachricht, daß über die beiden Werksstätten von Diek und Peterssohn die Sperre verhängt ist. Um Fernhaltung des Zuzuges wird freundlichst ersucht.

Göttingen. Den vielen Kollegen, die früher in Göttingen gearbeitet haben, wird es nicht uninteressant sein, zu erfahren, daß das Peter'sche Lokal aus der Gastwirthschaft des Herrn Peters, vormals Klages, verlegt worden ist. Schon seit geraumer Zeit wurden über untern Birth Klagen geführt, die leider nur zu oft vollauf begründet waren, obwohl kein direkter Grund zum Einschreiten der Ortsverwaltung vorlag. Das starke Sinken unserer Mitgliederzahl scheint zum großen Theile auf diesen Umstand hinzuweisen, vielen unserer Kollegen gefiel aus dem einen oder anderen Grunde das Lokal oder vielmehr der Birth nicht mehr, und doch war es nicht möglich, hiergegen Abhilfe zu schaffen, auch schien eine Lokalverlegung nicht angebracht, da mit uns gleichzeitig sämtliche organisirten Branchen sowie der sozialdemokratische Wahlverein und der neugegründete Arbeiter-Gesangverein dortselbst tagten. In der März-Versammlung beschlossen wir nun, unser Stiftungsfest am zweiten Oherstage durch ein Kränzchen zu feiern, und da der Peter'sche Saal schon anderweitig vermietet war, hielten wir dasselbe in Geismar, einem benachbarten Dorfe ab. Dies gab den Anstoß zu einer vom Birthe hervorgerufenen Meiberei, die damit endete, daß das Peter'sche Ehepaar erklärte, die sämtlichen Gewerkschaften könnten von ihnen wegziehen, ihnen läge nichts mehr an deren Verkehr. Hierüber entstand große Aufregung unter den organisirten Arbeitern und da gleichzeitig sich in der Familie des Birthes eine unerquickliche Szene abspielte, welche zu vieler Rederei Anlaß gab, sah sich die Gewerkschaftskommission veranlaßt, sich nach etwas Anderem umzuschauen. Bald war auch etwas Passendes gefunden, und fand nun am Montag, den 10. April, eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt, welche beschloß, das Vereinslokal sämtlicher Arbeitervereinigungen von Peters nach der „Kaiser-Halle“ (Restaurant Grub), Weender Straße 28, gegenüber der Jakobikirche, zu verlegen. Da hier jedoch die Fremden nicht untergebracht werden konnten, wurde der Fremdenverkehr in das „Waffhaus zur goldenen Traube“, Neustadt 29, verlegt. (Siehe Annonce.) Der Umzug ist bereits vollzogen, und wollen wir hoffen, daß es uns in dem neuen Lokal, welches, beiläufig gesagt, viel schöner und angenehmer als das bisherige ist, gut gefallen möge, sowie daß unsere Zahlstelle sich auf's Neue beleben und stärken möge. Wird auch wohl nicht die alte Stärke von 92 Mitgliedern sobald wieder erreicht, so muß auch berücksichtigt werden, daß der Geschäftsgang gegen früher bedeutend nachgelassen hat, da nach Beendigung der Kliniken-Neubauten auch die Privatbauthätigkeit zurückgegangen ist. Da Göttingen so gut wie gar keine nennenswerthe Industrie hat, so sind wir eben fast lediglich auf die sommerliche Bauarbeit angewiesen, anscheinend wird der kommende Sommer einigermaßen günstig, da etwa 15 Neubauten aufgeführt werden, was für Göttingen schon etwas bedeutet. Die Saalabtreiber seitens der Militärbehörden ist jetzt auch hier in voller Blüthe, nachdem vor kurzem uns der Paple'sche Saal durch Militärverbot unzugänglich gemacht war, ist derselbe Fall jetzt auch mit der „Zentralhalle“ am Wilhelmplatz eingetreten, wir verlieren jedoch nicht den Muth. Mit vereinten Kräften werden wir rüstig weiter arbeiten. Unsere Parole lautet: „Vorwärts“.

Alschaffenburg. Sonntag, den 19. März, hielten wir eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in welcher Kollege Hütner aus Gnanau einen Vortrag hielt über: „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation.“ Redner verstand es, in seinem Vortrag die Aufmerksamkeit aller Kollegen an sich zu fesseln und endete nach 1 1/2 stündiger Rede unter dem Beifall aller Anwesenden. Möge dieser Vortrag dazu beitragen haben, die Kollegen aufzumuntern und vereint mit der Ortsverwaltung die noch fernstehenden Kollegen herbeizuziehen. Es sind auch am hiesigen Orte noch Viele, welche ihrer Lage noch nicht bewußt sind, und dahin arbeiten, den Verbandskollegen ihre Arbeit recht lauer zu machen. Als wir vor einiger Zeit mit einer Forderung betreffs Arbeitsverkürzung an die hiesigen Meister uns heranwagten, da konnte sich Keiner dazu entschließen, mit uns gemeinschaftlich vorzugehen. Daß wir nicht mit offenen Armen empfangen wurden, wußten wir, dennoch gelang es uns, wenigstens eine geregelte Arbeitszeit einzuführen. Viele Verbandskollegen wollten sogar die zehnstündige Arbeitszeit; das hätte zu einem Massenmorde geführt. Die Meister hätten der Schlag gerührt, wenn wir von elf, sogar zwölfstündiger Arbeitszeit die zehnstündige gefordert hätten. An Euch aber, die Ihr noch fernsteht dem Verbands, richten wir die Bitte, tretet bei und haltet fest zusammen, sollte dann die Zeit kommen, wo man uns unserem bis jetzt Errungenen rütteln will, so sind wir stark genug, zu widerstehen. Nicht mit einem Male können wir Alles erringen, aber das, was wir errungen, werden wir zu verteidigen mühen; zeigt nicht nur Eure Kollegialität bei Festlichkeiten, nein, zeigt sie auch bei unseren Versammlungen, besucht dieselben recht fleißig, kein Schreiner Alschaffenburgs sollte dieselben veräumen, dann werdet Ihr einsehen, was eine geschlossene Rechte fertig bringt, und Ihr werdet uns nicht mehr mit den Worten entgegen kommen: „Es nützt ja doch Nichts.“ Beweiset bei unserer nächsten Versammlung, welche Samstag, den 29. April, Abends 7 1/2 Uhr, stattfindet, daß in allen Kollegen noch ein warmes Herz schlägt. Wir eruchen alle Kollegen dringend, das Umschauen zu unterlassen. Unser Vereinslokal, Herberge und Arbeitsnachweis befindet sich bei Herrn Goos, Sandgasse 49. Unterstützung zahlt alle Mittage von 12-1 Uhr unser Kassirer Rud. Sahm, Platan-Allee 7, aus. Alle Korrespondenzen sind zu richten an unseren Bevollmächtigten Pet. Prargenberg, Leibgasse 13.

NB. Die Firma unserer Herberge wird vom 1. Mai an umgeändert, und zwar: Herrn Roth, Sandgasse 49.

Leipzig. Von Zeit zu Zeit eine Uebersicht der gewerkschaftlichen drücklichen Verhältnisse in unserem Fachorgan zu geben, ist wohl Pflicht, dieselbe soll den Kollegen zur Information dienen. Wir beginnen deshalb mit der Schilderung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Der Lohn ist am Orte nicht nur nicht geeignet, als ausreichend für Verhältnisse einer Großstadt zu gelten, sondern langt kaum noch zum nothwendigen

Lebensunterhalt, namentlich im vergangenen Winter, wo theilweise Arbeitszeit von 9, 8, ja sogar 7 Stunden ohne Weiteres angängig war, und demgemäß selbstverständlich auch der Lohn reduziert wurde. Was es heißt, mit M. 13 und noch weniger nach Hause zu gehen, für einen Familienvater, wird daher Jeder beurtheilen können. Wie schon bekannt sein dürfte, knüpften aber vielmehr lüchelten die Holzarbeiter Leipzigs Unterhandlungen im September mit den Innungen anzubahnen, um möglichst der für den kommenden Winter voraussehbaren Arbeitslosigkeit etwas zu steuern. Keine Arbeit hatten wir geltend, und daher alle für unser Fach in Frage kommenden Unternehmern zweimal schriftlich eingeladen zu Versammlungen. Erschienen waren damals sehr wenige, und Genosse Grothe aus Halle gab sich die redlichste Mühe, diesen Herren begreiflich zu machen, wie die wahre Nothlage der Arbeiter ist, daß nur durch Stärkung der Arbeitszeit-Abhilfe möglich sei. Einige Firmenvertreter konnten Zugeständnisse nicht machen und die Innungsschwärmer erblickten nach ihren Ausführungen das Altheilmittel nur in der Innung selbst. Wir selbst wählten eine Kommission zur eventuellen Unterhandlung. Die Tischlerinnung ließ sich wirklich herbei, zu antworten, betonte aber, nur in schriftlichen Verkehr treten zu wollen, während die Kommission, wie selbstverständlich, auf mündlicher Auseinandersetzung bestand. Hierüber vergingen Monate. Endlich, nach circa 1/2 Jahr, brachte die Versammlung vom 11. April, im Saale des „Gosenthals“, wo Kollege Schwente aus Eilenburg und Wob. Leipzig Bericht über den Kongreß zu Kassel erstatteten, den längst oder kaum noch erwarteten Abschluß. Es war ein Schreiben von der Innung eingegangen (datirt vom 15. März 1893) an den Vorsten der erwähnten Kommission folgenden Inhalts: „In Beantwortung Ihrer Zuschrift vom 7. Februar s. c. in der Sie mündliche Unterhandlungen betreffs Verkürzung der Arbeitszeit wünschten, und vielleicht darin die schon früher angeordneten „Motive zur Verminderung der Arbeitslosigkeit“ erblickten, theile ich Ihnen im Auftrage des Vorstandes mit, daß die Innungsmeister an eine Verkürzung der von ihnen auf durchschnittlich 10 Stunden festgesetzten Arbeitszeit nicht denken und nicht darauf eingehen. Die Tischlerinnung arbeitet mit großem Eifer an der Ausbildung des Lehrlings- und Gesellenwesens und bringt auch in sekundärer Hinsicht große Opfer und weiß ganz genau, was sie zu thun und zu lassen hat. Es wäre ihr interessant gewesen, verwendbare Vorschläge zu erfahren, aber auf jede Unterhandlung wegen Verkürzung der Arbeitszeit müssen wir verzichten. Achtungsvoll der Vorstand der Tischlerinnung zu Leipzig. Gustav Heinrich, amtsführender Obermeister.“ Interessante verwendbare Vorschläge, jedenfalls bei den Innungsweisen ein noch dehnbarer Begriff, als die „groben Unfug-Paragrafen des Reichsstrafgesetzbuches“. Wir sind ganz blass ob solcher Frage. Ausbildung des Lehrlings- und Gesellenwesens. Wahrhaftig, es wird Zeit, daß sie kommt. Bei einem dieser Herren heißt es in dem angeführten Fragebogen über Lehrlingsverhältnisse: Selbst noch im 3. Jahre Wege laufen, Wagen ziehen, Stiefel putzen, Rolle drehen (auch für Hausbewohner), Straße kehren usw.; ferner im ersten Jahre keine Hobelbank. Also die Innung hat allen Grund dazu, dem „großen Eifer“ die That folgen zu lassen. Auch das Gesellenwesen will man ausbilden. Wenn es nicht zu viel wird, auf einmal, uns kann es recht sein. Doch was ist darunter gemeint? Ist ein Gesellen-Ausschuß in Sicht? Hoffentlich spart man sich zum dritten Male den Versuch der Wahl eines solchen. Von diesem nun genug. Aber den Tischlern Leipzigs sollte es zum Ansporn dienen, dem oft gewordenen Rufe: „Organisirt Euch, tretet zusammen“, Folge zu geben. Geben nicht die 256 Kollegen, welche nach erfolgter Arbeitslosenaufnahme seitens des Gewerkschaftskartell ohne Erwerb waren, 7 Wochen durchschnittlich herumlaufen, zum Nachdenken anlaß? Agitirt, erzieht und organisirt. — Mit den Beschlüssen zu Kassel erklärte sich die Versammlung durch folgende Resolution einverstanden: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Kongresses voll und ganz einverstanden und verspricht thätig für die neugeschaffene Organisation — den Holzarbeiterverband — einzutreten und diesen nach jeder Richtung hin fördern zu helfen.“ Eine Gegenresolution nahm längere Diskussion in Anspruch und hatte folgenden Wortlaut: „Die heutige Versammlung der in der Holzindustrie beschäftigten Personen erklärt sich nur insoweit mit den Beschlüssen des Holzarbeiterkongresses zu Kassel einverstanden, als dieselben nicht die Sozialorganisationen der Holzarbeiter Sachsens aufheben, und weiter denselben die gleichen Vergünstigungen wie zur Zeitzeit den Mitgliedern des „Deutschen Tischlerverbandes“ solche gewährt werden. Die Holzarbeiter Leipzigs erwarten deshalb von den zur Zeit in Sachen bestehenden Sozialvereinigungen, beim Vorstand in Stuttgart gemeinschaftlich Einspruch zu erheben, soll im anderen Falle ein großer Rückschritt unserer Organisation nicht zu verzeichnen sein.“ Eine Extratratatwurfs für die sächsischen Kollegen könne und dürfe man nicht fordern, wurde geltend gemacht, und somit diese Resolution gegen 4 Stimmen verworfen. Jedenfalls werden wir zu gegebener Zeit zur Auflösung des „Holzarbeitervereins“ schreiten, und sodann ein Glied in dem Schutzwahl des neuen Verbandes bilden.

**Berichtigung.**

In dem Bericht über die Verhandlungen des Holzarbeiterkongresses ist uns ein Irrthum unterlaufen. Die Anregung der Frage, ob der „Holzarbeiter“ Publikationsorgan der Zentral-Tischler-Krankenkasse bleiben werde, war nicht von dem Kollegen Leipzigs, sondern von dem Kollegen Verbe-Hannover ausgegangen. Kollege Verbe stellte dann einen diesbezüglichen Antrag, über den zur Tagesordnung übergegangen wurde, indem der Kongreß d. n. Wunsch aussprach, daß die Bekanntmachungen der Zentralstellen für die an dem Holzarbeiterverband beteiligten Berufe gegen Vergütung im „Holzarbeiter“ aufgenommen werden sollten, soweit es der Raum desselben gestattet.

**Verband deutscher Korbmacher.**

**Bekanntmachung.**

Ersuche die Bevollmächtigten, mir so schnell wie möglich mitzuthaten, wie viel Protokolle sie in ihren Zahlstellen gebrauchen. Der Preis ist von der Generalversammlung auf 10 A pro Stück festgesetzt.

Ferner mache ich die Kollegen, welche die Zeitung von mir erhalten, darauf aufmerksam, daß laut Beschluß der Generalversammlung der Abonnementsbetrag im Voraus bezahlt werden muß.

Meine Adresse ist vom 1. Mai ab: D. Dölling, Hamburg, St. Pauli, Bergstraße 36 II.

Der Vorstand.  
D. Dölling.

**Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Korbmacher.**

Am 2. April d. J. traf in Erfurt im „Gasthaus zum Gotthardt“ die zweite ordentliche Generalversammlung des Verbandes deutscher Korbmacher zusammen. Eröffnet wurde dieselbe Nachmittags 3 Uhr durch den Verbandsvorsitzenden Dölling-Hamburg. Anwesend waren 12 Delegirte, welche 1562 Mitglieder in 14 Wahlkreisen vertraten. Das Bureau bildeten Dölling-Hamburg als erster und Zimmermann-Erfurt als zweiter Vorsitzender; als Schriftführer fungirten Brauer-Altona und Keller-Berlin.

Nachdem die Geschäftsberichte des Vorsitzenden, des Ausschußvorsitzenden und Kassirers entgegen genommen und denselben seitens der Generalversammlung Decharge erteilt worden war, entspann sich bei Punkt 6 der Tagesordnung: Der Holzarbeiterkongreß zu Kassel, event. Wahl eines Delegirten zu demselben, eine lebhafteste Debatte über die Frage des Anschlusses des Korbmacherverbandes an den allgemeinen Holzarbeiterverband. Trozdem keiner der Redner prinzipiell gegen den Anschluß etwas einzuwenden hatte, wurde noch vorläufig davon Abstand genommen; es wurde aber beschlossen, einem etwa sich bildenden Kartell beizutreten und den am 4. April in Kassel stattfindenden Holzarbeiterkongreß zu beschicken, und wurde seitens der Generalversammlung Adam-Hamburg als Delegirter bestimmt.

Bei Punkt 7, Untere Streiks, wurde die Debatte eine allgemeine, da sich fast sämtliche Anwesenden an derselben beteiligten. Nach dreifacher Debatte wurde eine Kommission gewählt, um eine Resolution auszuarbeiten, in welcher die Ansicht der Generalversammlung in Bezug auf Streiks niedergelegt werden soll. Diese Resolution, welche Angriffsstreiks im Allgemeinen wegen der heutigen schlechten Geschäftslage verurteilt, Abwehrstreiks dagegen, besonders wenn sie sich gegen Angriffe des Unternehmertums auf das Koalitionsrecht der Arbeiter richten, mit allen Kräften zu unterstützen, empfiehlt, fand einstimmige Annahme. Aus diesen Gesichtspunkten wird auch der Berliner Streik als gerechtfertigt anerkannt, trotzdem aber ausgesprochen, daß das Vorgehen der Berliner nicht statutenmäßig war. In Bezug auf Agitation wurde beschlossen, dieselbe künftig etwas energischer zu betreiben und zu diesem Zwecke für die einzelnen Wahlkreise geeignete Personen zu beauftragen.

Aus den Berichten der einzelnen Delegirten ist zu entnehmen, daß die gewerkschaftliche Bewegung unter den Korbmachern einen, wenn auch langsamen, so doch sicheren Fortgang nimmt. Auch der Dresdener Delegirte konstatierte einen Fortschritt der Bewegung, trotz der famosen sächsischen Vereinsgesetzgebung. Den Korbmachern Walms in Schweden, welche im verfloffenen Jahre im Streik standen, sind M. 220 als Unterstützung überandt worden.

Die Kommission, welche die gegen den früheren Vorsitzenden Krüger vorgebrachten Beschwerden zu prüfen hatte, beantragte in Anbetracht, daß Krüger nicht nur das Interesse des Verbandes nach seiner Richtung hin wahrgenommen, sondern sogar sein persönliches Interesse in den Vordergrund gestellt, auch in Bezug auf die Kontrollmarke sich Manipulationen hatte zu Schulden kommen lassen, welche geeignet sind, den Verband schwer zu kompromittiren, denselben von seinem Amte als Vorsitzenden abzuweisen und auszuschließen. Die Generalversammlung erhob diesen Antrag einstimmig zum Beschluß. Zum Vorsitzenden des Verbandes deutscher Korbmacher wurde einstimmig Dölling-Hamburg gewählt.

Von der wirtschaftlichen Lage der Korbmacher geben folgende Zahlen ein annäherndes Bild: Den höchsten überhaupt gezahlten Stundenlohn (40-50 A) erhielten 5 Mann, und zwar in Berlin und Hamburg, den niedrigsten (14-14 1/2 A) 3 Mann, und zwar in Ludenwalde; der durchschnittliche Stundenlohn beträgt überhaupt 27 1/2 A, die durchschnittliche Arbeitszeit 57 Stunden pro Woche. Der wöchentliche Arbeitsverdienst variiert zwischen M. 8,40-30, er beträgt im Durchschnitt M. 16,50. Die Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer dokumentirt sich dadurch, daß 40 Mann sich Abzüge von zusammen 317 Prozent haben gefallen lassen müssen, während 14 Mann zusammen 63 1/2 Prozent Lohnaufschlag erhielten.

Nachdem noch verschiedene innere Verbandsangelegenheiten ihre Erledigung gefunden, wurde die zweite ordentliche Generalversammlung des Verbandes deutscher Korbmacher mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung und unter Abkündigung der Arbeiter-Marschallie am Mittwoch, 12 1/2 Uhr Mittags, geschlossen.

**Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.**

**Aufruf an alle Gewerkschaften Deutschlands.**

Arbeiter aller Branchen! Der leider so unglücklich verlaufene Streik im Saarrevier hat uns noch immer circa 2000 Opfer hinterlassen. Die Noth unter diesen Kämpfern für die gerechte Sache ist groß, denn wohin sie kommen, um Arbeit zu suchen, werden sie abgewiesen. Staats- und Privatarbeit ist ihnen verschlossen und so muß die Noth mit jedem Tage größer werden. Arbeiter! Sorget nun Ihr, ein Jeder so viel, wie seinen Kräften steht, dafür, daß wenigstens die schwerste Noth von ihnen abgewendet wird, beweiset hier Eure Solidarität und kauft sie nicht untergehen. Zeigt ihnen, was die Arbeiterschaft vermag. Arbeiter! Sehet nicht auf die Allgemeinheit, die den Bergarbeiter allerdings in kein gutes Licht stellt. Denkt an das Elend der Abgelegten und beweist Eure Bruderliebe. Viel Wenig giebt auch Viel.

Gleichzeitig sprechen wir allen denen, die bisher Gaben eingesandt, unseren herzlichsten Dank aus im Namen der Abgelegten.

Das Komitee:

(gez.) Ludwig Anshüs. Bildstock bei Saarbrücken.

Die arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck dieses Aufrufs freundlichst gebeten.

Vernichtung jeder Arbeiterorganisation scheint jetzt wieder die Parole zu sein. Vor Allem ist es auf die Bergarbeiterverbände abgesehen. Der Reichsschutzverein der Bergleute des Saargebietes hat ja zwar einen Mauerungsprojezt bereits durchgemacht, die alte Zeitung durch eine gut ultramontane ersetzt, welche feierlich in einer Kundgebung gelobte, sich fern von allen „Verheerungen“ halten zu wollen. Das Alles verhindert jedoch nicht die „gewünschte“ Fahnenflucht der Mitglieder. Das gleiche Verfahren wird jetzt gegen den Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter eingeschlagen. Wie uns mitgeteilt wird, sollen dort die Verwaltungen ihrer Arbeiter die Wahl gestellt haben, entweder das Arbeitsverhältnis zu lösen oder den Verband zu meiden. Die Mißliebigkeit des Verbandes datirt seit dem letzten sächsischen Bergarbeiterstreik. Seitdem hat sich die Zeitung des Vereines geändert; sie ist in sozialdemokratische Hände übergegangen, und der Verband zeigt sich heute thätkräftiger als früher, er tritt für die Bergleute energischer ein. Diese sozialdemokratische Zeitung macht man dem Verbandsvorsitzenden zum Vorwurf, ebenso beschuldigt man ihn in der sächsischen Presse, die Hauptleitung für alle Streikbewegungen zu sein. Die letztere Beschuldigung beruht auf Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse. Im Gegentheil hat der Verband noch während der letzten Streikbewegung im Rhein- und Saarbezirk der Streiklust sächsischer Bergleute einen sehr ernsten und energischen Dämpfer aufgesetzt. Auch sonst hat sich der Verband innerhalb der gesetzlichen Grenzen bewegt. Die letztere Beifügung halten wir für vollständig überflüssig, sie verstößt sich ganz von selbst. Würde sich der Verband nicht in gesetzlichen Grenzen bewegen, wozu er unter peinlichster Beobachtung aller Vorchriften schon um deswillen verpflichtet ist, weil er Koalitionsrechte besitzt, so würde man ihn bald beim Kragen nehmen und seiner Thätigkeit ein Ziel setzen. Ein größerer und schädlicher wirkender Schlag könnte der Arbeiterbewegung Sachsens nicht verfezt werden, als wenn die Zeitung des Verbandes die durch langjährige Beitragszahlung erworbenen Rechte der Verbandsmitglieder gefährden wollte. Weil es sich aber bei der Aufgabe der Verbandsmitgliedschaft um die Preisgabe erworbener Rechte handelt, so werden die Verwaltungen mit ihrem Verlangen an die Arbeiter, dem Verband den Rücken zu kehren, auf entschiedenen Widerstand stoßen und böses Blut erzeugen.

Die Lohnbewegung der Brauer gewinnt an Ausdehnung. Der von den Mainzer Gewerkschaften zur Unterstützung der Brauergehülften verhängte Boykott gewinnt an Ausdehnung, derselbe erstreckt sich auf einen meilenweiten Umkreis. Auch die Leipziger Brauereien verhalten sich den Forderungen der Brauer gegenüber ablehnend. Die Großbrauereien, auf die es in allen diesen Fällen ankommt, könnten die Forderungen, ohne daß sie irgend welche Einbuße erleiden würden, bewilligen. Aber der Eigenwille, der Egoismus, die Diktatur des Verbandes, die nicht zuläßt, daß man sich mit den Arbeitern verständigt, verhindern jedes Abkommen, wenn auch der einzelne Unternehmer dazu geneigt wäre. Es ist das alte Lied von der Unternehmerherrlichkeit, die jede Organisation und gemeinschaftliches Handeln der Arbeiter tödtlich haßt und die Arbeiter zu Paaren zu treiben sucht. Wir sind der Meinung, daß im Brauergewerbe besser wie in jedem anderen dem Prozeduralen eine empfindliche Niederlage bereitet werden kann, denn das Bier ist Massenkonsumartikel und wenn der Massenabsatz fehlt, dann erhalten die Dividenden ein Loch. Niemand ist aber am Geldbeutel empfindlicher als die Dividenden schluckenden Aktionäre.

Die Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes tagte im Anschluß an die Osterfeiertage in Altenburg. Der Verband zählte am Jahresschlusse 27 000 Mitglieder in 318 Filialen und verausgabte von August 1891 bis Ende 1892 M. 197 589,05. Vermögensstand: Aktiva 14337, Passiva M. 9905,23. An der Versammlung nahmen gegen 90 Delegirte theil.

Legilarbeiterkongreß. Nachdem sich der Geschäftsgang in der Legulindustrie seit dem vorigen Jahre stetig gebessert hat, kommt auch die Arbeiterbewegung wieder in Fluß. Zu diesem Behufe soll zu Pfingsten in Gera oder Apolda ein Kongreß der vogtländischen und thüringischen Legilarbeiter stattfinden, um eine Lohnbewegung vorzubereiten und über den internationalen Kongreß in Zürich zu beraten.

Internationaler Bergarbeiterkongreß. In der „Bergarbeiterzeitung“ wird die Frage erörtert, ob man den für Pfingsten in Brüssel geplanten internationalen Bergarbeiterkongreß vertagen und mit dem im August in Zürich stattfindenden internationalen Sozialistenkongreß zusammenschließen sollte. Die Bergleute werden aufgefordert, zu dem Vorschlage der bereits vielfach Zustimmung gefundenen habe, sich zu äußern. Der Verlauf der Ausstände in England, Deutschland usw. habe bewiesen, daß die jetzigen internationalen Beziehungen unter den Bergleuten ihren Zweck nicht erfüllen. Die auf den einzelnen Kongressen gefassten verheißungsvollen Resolutionen hätten rein gar nicht genügt. Es fehle vor Allem eine sichere Verständigung der in verschiedenen Provinzen gelegenen Stationen bei Lohnkämpfen usw. Hier könne vielleicht schon ein internationales Schlichtungssystem Abhilfe schaffen. Der demnächstige Bergarbeiterkongreß werde sich auch mit den letzten Ausständen zu befassen haben; deshalb sei es unbedingt notwendig, denselben gut vorzubereiten. Dafür sei aber die Zeit zu kurz, weil die Organisation in fast allen Ländern im Augenblicke mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Endlich würde auch der Sozialistenkongreß sich mit Fragen beschäftigen (Achtstundentag), die auch die Bergleute sehr interessieren.

Der Stein kommt in's Rollen. Die Abkündigung in der belgischen Kammer über die Einföhrung des allgemeinen Stimmrechts hat zu einem positiven Resultat nicht geführt. Der Revisionsantrag des Radikalen Janson, die Altersgrenze des Wahlrechts an das 21. Lebensjahr zu knüpfen, erhielt nur 26 Stimmen. 115 Stimmen waren dagegen. Auch der ultramontane Antrag, bez. der des Katholiken Nothamo, das Wahlrecht mit dem 25. Lebensjahr zu versehen, wurde abgelehnt. Ebenso der Regierungsantrag, das Wahlrecht von der Zahlung eines bestimmten Miethsbetrags abhängig zu machen. Die Erregung des Volkes ist ungeheuer. Die zum Schutze der Kammer aufgestellte Gensdamerie wurde insultrirt und mit Steinen beworfen. Fierende Arbeiter ziehen in großen Hügen in Brüssel, Charleroi, Vütich und Gent durch die Straßen. Die Arbeitseinstellung nimmt stetig zu. Im Kohlenbecken des Hoyage reiten über 8000 Bergleute. Während der Osterfeiertage tagte

in Gent der Kongress der belgischen Arbeiterpartei. Der Kongress beschloß, die Delegation des Zürcher internationalen Kongresses und forderte das Stimmrecht der Frauen.

Schweizerischer Arbeitertag. Der dritte schweizerische Arbeitertag fand während der Dinstage in Biel statt. Dieser Arbeitertag ist die Delegiertenversammlung des großen schweizerischen Arbeiterbundes, der alle sozialen, politischen und religiösen Parteien, Verbände und Vereine umfaßt und der für das schweizerische Arbeitersekretariat den Rahmen bildet. Er verleiht, so weit wie ihn verfolgen konnten, auf's beste und faste eine Reihe wichtiger Beschlüsse. — Greulich wurde als Arbeitersekretär ohne Gegenvorschlag wieder gewählt.

Ausstand in Sicht. In Graz kündigten die Arbeiter sämtlicher Bau- und Maurermeister für den Fall, daß ihre Forderungen nicht bis zum 24. d. M. bewilligt würden. Die telegraphische Meldung dieser Nachricht bezeichnet die Forderungen als sehr „weitgehend“. Es sollte uns nicht im Geringsten wundern, wenn die nächste Meldung die Forderungen als unannehmbar, weil unverändert und unberechtigt, bezeichnete.

Ausstand überall. Nichts mehr beweist, wie erbärmlich und jämmerlich die Lage der Arbeiter überall sein muß, als die in rascher Aufeinanderfolge aus allen Ländern gemeldeten Ausstände, die sowohl an Zahl der Beteiligten als auch an Erbitterung, womit die Kämpfe geführt werden, zunehmen. So ist in Mexiko, einem Hauptstich der Sammelindustrie, Frankreich, ein Ausstand ausgebrochen, an dem die Weber und Färber beteiligt sind. Die Zahl der Ausständigen soll 10 000 übersteigen. Die Lage der Arbeiter muß eine verzweiflungsvolle sein, sonst würden dieselben bei dem schlechten Geschäftsgang und dem Ueberangebot von Arbeitskräften nicht zur Arbeitsniederlegung geschritten sein. Die Lage der Arbeiter artet dahin aus, daß es ihnen schließlich gleichgültig erscheinen mag, ob sie hungern bei der Arbeit oder hungern, ohne zu arbeiten.

Raue Auffassung. Die Bedürfnislosigkeit der italienischen Arbeiter hat Weltberühmtheit erlangt. Nichts den chinesischen Kaisern sind sie die gefürchteten Lohnbrüder. Wie erbärmlich muß dann aber die Lage der Vermittler sein, wenn sie sich aufraffen und erklären, mit dem Verdienst das Leben nicht mehr fristen zu können. In Neapel befinden sich über 1000 Regimentsarbeiterinnen im Ausstand, weil es ihnen bei ihrem Verdienst nicht möglich ist, zu vegetieren. Selbstredend sind die Forderungen unerschöpflich nach unternehmerlicher Bezahlung; die verträglichsten Arbeiterinnen haben nun die Vermittlung des Kronprinzen angerechnet. Sehr naiv!

Die Organisation der Arbeiter ist das beste Vorwärtsmittel, dieselben von Ausschreitungen fern zu halten. Die Organisation handelt stets bewußt unter Abwägung der vorhandenen Kräfte im Verhältnis auf das zu erreichende Ziel. Der regellose Kampf wird Spielball in der Hand demagogischer Dummköpfe, agents provocateurs; was diesen schadet, ist so leicht gemacht, je angesetztgerter die Masse ist. Aus Evidenz wird gemeldet, daß hungernde Arbeiterhaufen vorige Woche die Wägen der Bäckereien geplündert haben, um dann von der Polizei und dem Militär die Köpfe gepalmt zu bekommen. Organisierte Arbeiter würden vor solchen Thorheiten warnen und ihre Brüder lehren, auf welchem Gebiete die Macht der Arbeitstasse liegt und wie dieselbe zu verwenden ist. Purische, gewalttätige Ausbrüche der Leidenschaft haben stets zur Stärkung der Reaktion beigetragen. Dieselbe endgültig zu zerstören, ist die systematische, in der Organisation betriebene Aufklärungsarbeit notwendig. Und Bedes, Organisation und Aufklärung, fehlt zwischen spanischen Brüdern noch in erheblichem Maße.

Ein großer Ausstand der Deder ist in Hull ausgebrochen. Derselbe ist deshalb ausgebrochen, weil sich die Arbeiter der Forderung der Deder, zur Union zu arbeiten, widersetzen. Der Kampf läßt auf eine Kräfteprobe hinaus, ob sich die von uns behauptete Organisation der Streikbrecher freies der Unternehmer bewährt. Der Führer der Dederarbeiter, Wm. D. Lill, ist ein gewöhnlicher Kollaborateur, dessen Ehrgefühl und feindsicheres Verhalten selbst von der Souveränität der Arbeiter nicht anerkannt wurde. Jetzt ist derselbe nach bekanntem Kampfe bereits zum gewöhnlichen Agitator und Deder geworden. Das kann das Ziel und auch die Melodie. Die Arbeiter ziehen aus allen Teilen des Landes, hauptsächlich aus allen Teilen des Landes, hauptsächlich aus London, wo es der Arbeitslosigkeit genug gibt. Letzte Nacht. Die Streikbrecher können nur unter hunderttausend politischen Schutz arbeiten. Mehrere Tausend der Arbeiter verlangen energisch ihre Rückforderung, da sie sich nicht Erbes nicht länger können. Die Arbeiter mußten ihren Verlangen nach Unterstützung der Polizeimächte werden zwei Schwadronen Kavallerie herangezogen. Die geschloß.

Ausstand vermeiden. Die bei den Ausstellungsarbeiten in Chicago beschäftigten Arbeiter hatten die Arbeit eingestellt, wobei ihnen auch 1700 Arbeiter. Wegen einer geplanten Lohn-erhöhung wurde von den Ausständigen die Entlassung der nicht bei der Organisation angehörigen Arbeiter gefordert. Bei einer am 10. d. M. abgehaltenen Konferenz der Arbeiterführer mit der Ausstellungsverwaltung wies der Arbeiterführer darauf hin, daß nach dem in Bezug der Arbeiter getroffenen Uebereinkommen die Organisation und die freien Arbeiter ohne Unterschied zusammengearbeitet sollten. Die Führer der Streikenden erwiderten die drohende Abweisung als zu Recht bestehend an, und wurde der Ausstand nach Bewilligung der Lohnforderung für beendet erklärt.

Nach einem mit Inbrunst zum Fortschritt gestellten Schwere eines Bewusstseins, der gegenwärtig bei den Ausstellungsarbeiten besteht, ist, wird ein Uebersehensbericht von Deder 25 40 bei zehnjähriger Arbeitzeit ergibt. Dabei sind die Punkte des Lebensunterhalts bemerkenswert, darunter keine geschätzten. Im Jahr 4 des Lebens in Wohnung und Lohn und was gut zu haben. Unter Gewährung liegt auch die Schwere nicht geben, daß die amerikanischen Arbeiter den höchsten Lohn in der Welt verdienen, während die europäischen Arbeiter mit bescheidenen Gehältern zu arbeiten gezwungen sind. Er ist wieder der Meinung, daß die heutigen Arbeiter den europäischen überlegen sind. Daß die amerikanischen Arbeiter in den verschiedenen Kämpfen und Bestreitungen

sehen und deshalb dieselben nicht besonders freundlich behandeln, wird so lange fortbestehen, bis die sozialistische Propaganda der internationalen Solidarität die Bahnen freigelegt hat.

Dröhnen wie hüben die gleiche Erscheinung. In Nordamerika haben die von der Michigan-, Topela- und Santa Fe Zoma- und der Atlantic- und Pacific-Eisenbahn-Gesellschaft in Albuquerque beschäftigten Handwerker die Arbeit niedergelegt. Außerdem haben 1100 von der Michigan-Eisenbahngesellschaft in Topela beschäftigten Handwerker einen Ausstand begonnen. Unter den Streikern befinden sich Maschinenisten, Kesselmacher, Schmiede und Aushelfer. Die Leute verlangen eine Lohnerhöhung und andere Vergünstigungen.

Mit dem Herankommen des Eröffnungstermins der Weltausstellung werden den Eisenbahngesellschaften wohl einige Ueberreicherungen durch Lohnforderungen und Arbeitsentstellungen ihrer Angestellten nicht erspart bleiben. Der Kampf dürfte dann ein hartnäckiger und erbitterter werden. Die Gesellschaften sind durch die vorjährigen Pläneleien als wie auch die bekannt gegebenen Androhungen ihrer Angestellten gewarnt und dürften ihre Maßregeln getroffen haben.

### Bunte Reihe.

Das Geld der Erde. Wie viel Geld sich auf der Erde befindet, ist eine interessante Frage, ihre Lösung ist aber sehr schwierig, auch wenn man dabei keine mathematische Genauigkeit anstrebt, sondern nur annähernd richtige Resultate erhalten will. Der Direktor der Münze der Vereinigten Staaten hat es unternommen, auf Grund umfassender Studien eine Lösung dieser Frage zu geben, und zwar berechnet er den Goldvorrath und den Silbervorrath der Erde besonders. Nach seinen Untersuchungen ist Frankreich das an Gold wie an Silber reichste Land. Indem er den Dollar (M. 4.20) als Münzeinheit annimmt, kommt er zu dem Ergebnis, daß Frankreich 900 Millionen in Gold und 700 Millionen in Silber besitzt. Nach Frankreich kommen die Vereinigten Staaten, deren Vermögen in Gold sich auf 700 und in Silber auf 480 Millionen beziffert; den dritten Rang nimmt Großbritannien ein mit 550 Millionen Dollars in Gold und 100 Millionen in Silber. An dieses Land würde sich Deutschland anreihen mit 500, beziehungsweise 145 Millionen. Hieran würden sich Spanien, Oesterreich-Ungarn, die Türkei, Holland, die Schweiz und Griechenland anschließen. Alle auf der geklammerten Erde umlaufenden Goldmünzen haben einen Wert von etwa 3727 Millionen Dollars, sämtliche Silbermünzen einen Wert von 3820 Millionen. Wenn alle diese Goldmünzen geschmolzen zu einer Masse vereinigt würden, aus welcher man einen Würfel bildete, so würde die Länge, Breite und Höhe dieses Würfels 685 Meter betragen. Ein aus den Silbermünzen hergestellter Würfel würde nur je 100 Meter messen. Man würde sich übrigens in einem großen Fröhlichkeit befinden, wollte man annehmen, daß dieser Berg aus sich von Geschlecht auf Geschlecht vererbt. Von den Goldmünzen des Alterthums hat sich nur ein sehr geringer Bruchtheil erhalten; an ihnen hat wirklich der so oft zitierte Zahn der Zeit genagt; sie haben sich im Laufe der Jahrhunderte in Atome aufgelöst. Das Geld, welches heute in der Welt umläuft, oder vielmehr das Material dazu, stammt größtentheils aus der neuen Welt, aus Amerika und Australien. Nach einigen Jahrtausenden wird wohl auch von diesen ungeheuren Schätzen kaum etwas übrig sein.

Groß-Newyork. Newyork sucht das Bedürfnis, sich zu vergrößern; aus Newyork soll ein Groß-Newyork werden. Die größte Stadt Amerikas will an der Spitze der größten Städte der Welt marschieren. Newyork will London übertrumpfen. Hervorragende und einflussreiche Bürger der beiden Schwesterstädte Newyork und Brooklyn haben die Vereinigung derselben angeregt und begründet das Irthümlichwerden von Groß-Newyork als eine geographische und ökonomische Notwendigkeit. Die Schaffung von Groß-Newyork würde Newyork zur zweitgrößten Stadt der Welt machen, und die jamaikanischen Newyorker schmickeln sich, daß es ihnen dann bald gelingen werde, die Residenzstadt London zu überholen. Durch die Angliederung von Brooklyn erhöhte Newyork einen Zuwachs von 17 000 Acres Land, 1 000 000 Einwohner, 360 englische Meilen gepflasterter Straßen, 450 Meilen an Wasserläufen, 135 Meilen Aueau, 31 Meilen Hochwasser und einem großartigen Park. Obwohl als selbstständiges Municipium von Newyork getrennt, hat Brooklyn doch mit der Schwesterstadt viele Interessen gemeinsam, und man darf die anscheinend paradox klingende Behauptung aufstellen: Brooklyn ist näher zu Newyork als Newyork zu sich selbst. Die Million Einwohner von Brooklyn ist nämlich dem Geschäftszentrum Newyorks näher als Tausende Newyorker, die lange Strecken zurücklegen müssen, um in die City zu gelangen. Der East River, über welchen sich die imposante Brooklyn-Brücke spannt, ist nicht als die natürliche Fluggrenze, sondern als ein kommerzielles Hindernis zwischen Brooklyn und Newyork anzusehen. Aber Brooklyn liegt in einem anderen Staate als Newyork, und so kommt es, daß ungezählte Tausende, welche tagsüber in Newyork ihren Geschäften nachgehen, während dieser Zeit unter den Geiseln des einen und des Nachts unter denen eines anderen Staates stehen. Ja können anderen großen Zentrum der zivilisierten Welt findet man analoge Verhältnisse. Die Area von Newyork umfaßt 38 35 englische Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von 1 700 000 Seelen. Durch die Einverleibung von Brooklyn kämen 30 Quadratmeilen und rund 1 Million Einwohner hinzu, und in einigen Jahren, so nimmt man an, würde die Bevölkerung die Pfler von drei Millionen erreichen. Kommt die geplante Vereinigung nicht zu Stande, so ist es klar, daß Chicago die Suprematie als die Metropole der neuen Welt an sich reiht. Im Jahre 1889 hatte Chicago einen Flächenraum von 43 englischen Quadratmeilen; heute beträgt derselbe 175 Quadratmeilen. Chicago ist 2 1/2 Meilen lang und 1 1/2 Meilen breit. Und ist Chicago einmal dahin gelangt, wenn es kommt, gelangt es Chicago, das stolze Newyork unterzulegen, dann ist dessen Schicksal besiegelt, dann wird es naturgemäß in derselben Provinz zurückgehen, als Chicago anschließt. Es ist bei der Eigentümlichkeit der amerikanischen Verhältnisse keine Frage, daß Chicago, wenn es Newyork nur ein einziges Tausend Einwohner übersteigt, in den Augen aller Amerikaner, ohne Rücksicht auf die historische Vergangenheit Newyorks, die größte Stadt Amerikas sein wird. Wenn es aber Newyork gelingt, London hinter sich zu verwerfen, so wird man die größte Stadt Amerikas sein wird. Es ist sprechender Beweis für anerkannt. Newyork ist hinter den großen Städten Amerikas um janzig Jahre zurückgefallen. Nicht nur Chicago hat ein bewundernswürdiges Beispiel gegeben, wie eine Stadt die Gelegenheit zum Vorwärts-

schreiten voll und ganz auszunutzen versteht; auch andere amerikanische Städte, wie Boston und Philadelphia, haben es nicht verächtlich, sich durch Einverleibung kleinerer Municipien zu vergrößern. Newyork blieb konstant. Jetzt ist aber die Bewegung zu Gunsten der Vereinigung mächtig angeschwollen und die Widersacher derselben werden unter dem Hochdruck der öffentlichen Meinung weichen müssen.

Bemerkenswerthe Inkorporationen neuen Datums: In Little Rock, Ark., wurde die Little Rock Cooperage Co. zur Fabrikation von Dauben und Bodenholz, inkorporirt. Aktienkapital Doll. 80 000. In San Francisco, Kal., inkorporirt S. Anna u. A. die Harry Anna Co., mit Doll. 100 000 Aktienkapital zur Fabrikation von Holzwaaren. D. W. Rountree in Atlanta, Ga. und S. S. Clarke u. A. von Newyork inkorporirt die Allapaha Land & Lumber Co. mit Doll. 1 000 000 bis Doll. 3 000 000 Aktien. Chicagoer Unternehmer haben die Chicago Plumber's Woodwork Co. mit Doll. 25 000 Aktienkapital gegründet. Wm. B. Post u. A. in Chicago inkorporirt die National Fiber Co. mit Doll. 160 000 Aktienkapital zur Fabrikation von Holzwaaren und Faser. C. E. Wengel jr. u. Andere in Louisville, Ky., inkorporirt die Columbia Veneer & Box Co. mit Doll. 100 000 Aktienkapital zum Betrieb einer Kisten- und Furnirfabrik. Reeves Broth in Maussfield, Louisiana, und Andere inkorporirt die Sawcott Lumber Co. mit Doll. 100 000 Aktienkapital; sie haben die Burton Lumber Co. in Baton Rouge gekauft und werden eine Säge- und Hobelmühle nebst Trockenofen bauen. G. A. Graves und Andere in St. Louis inkorporirt die Star Woodenware Co., mit Doll. 50 000 Aktienkapital zur Fabrikation von Holzwaaren aller Art. A. Miller in Bay City, Mich., und Andere inkorporirt die South End Lumber & Saw Co. mit Doll. 50 000 Aktienkapital zum Betrieb einer Säge-, Hobel- und Bodenstrichmühle. C. E. Greilid und Andere in Traverse City, Mich., inkorporirt die J. E. Greilid Co. mit Doll. 50 000 Aktienkapital zum Betrieb einer Säge-, Hobel-, Lühr- und Rahmenmühle. Die Hovey-De Laitre Lumber Co., Minneapolis, hat ihr Aktienkapital auf Doll. 500 000 erhöht. Thos. D. Merrill und Andere inkorporirt in Duluth die Saginaw Lumber Co. mit Doll. 500 000 Aktienkapital. E. A. Smith und Andere in Minneapolis inkorporirt die Minneapolis Swedish Safety Match Co. mit Doll. 250 000 Aktienkapital zum Betrieb einer Zündholzfabrik. J. P. Gribben und Andere in St. Paul inkorporirt die Gribben Lumber Co. mit Doll. 150 000 Aktienkapital zur Fabrikation von Latten, Schindeln und Brettern. F. R. Connelly in Minneapolis und Andere inkorporirt die Post-Burhard Lumber Co. mit Doll. 100 000 Aktienkapital zum Betrieb einer Säge- und Hobelmühle. A. Blodgett jr. und Andere in Faribault, Minn., inkorporirt die Wisconsin Lumber Co. mit Doll. 20 000 Aktienkapital zum Betrieb einer Säge- und Hobelmühle und Fabrikation von Türen und Rahmen. Geo. D. Keller in Omaha, Neb., bildet eine Gesellschaft mit Doll. 50 000 Kapital, um in Houston, Tex., eine Kisten- und Korbfabrik zu gründen. Wm. Hute und Andere in St. Louis inkorporirt die Wm. Hute Willow Culture & Mfg. Co. mit Doll. 100 000 Aktienkapital zur Fabrikation von Korbwaaren. St. Louis-Kapitalisten inkorporirt die Comhoad Furniture Co. mit Doll. 125 000 Aktienkapital. J. J. Albright und Andere in Buffalo inkorporirt die Union Car Co. mit Doll. 400 000 Aktienkapital zum Betrieb einer Car-Fabrik in Lancaster, N. Y. Jas. J. Hoyt und Andere in Cleveland, O., inkorporirt in West-Virginia die Cleveland Oak Co., mit Doll. 100 000 Aktienkapital zum Betrieb von Sägemühlen.

### Literarisches.

Sozialpolitisches Centralblatt. (Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Verlag von Karl Heinemann & Verlag, Berlin W., Mauernstr. 44.) Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2.50. Einzelnummern 20 A. Erschienen ist Nr. 29, 2. Jahrg.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, F. S. W. Dieß' Verlag) ist soeben das 29. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Opfer der Verhältnisse. — Massengefänge bei den Juden. Von Max Jetterbaum. — Konervative Zukunftspläne zur Ersetzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts. — Schweigen heißt die Lösung. Studie über das Repertorium von Bernard. — Berliner Theater. Von F. Mehring. — Literarische Rundschau. — Notizen: Zur Lebenshaltung der deutschen Arbeiter. Von Max Duard. — Die Einwanderung setzt sich heute in den Vereinigten Staaten aus ganz anderen Bevölkerungselementen zusammen. — Feuilleton: Silith. Novelle von A. v. Perfall. (Fortsetzung)

„Abwege der modernen Möbel-Industrie.“ Mit diesem, überaus treffend und beherzigenswerth geschriebenen längeren Artikel eröffnet die bekannte Autorität auf dem Gebiete der kunstgewerblichen Fachliteratur, Professor Ferd. Luthmer, das soeben als „Sonderheft“ für Möbel- und Holzschneidereien“ erschienene, überaus reich ausgestattete Heft der illustrierten kunstgewerblichen „Zeitschrift für Innen-Decorations.“ (Verlag von Alex. Koch, Darmstadt, Halbjährlich 6 Hefte M. 8.) Ihm folgen andere anerkannt tüchtige Autoren mit nicht minder interessanten Abhandlungen wie: „Der Naturalismus im Möbelsitz“ — „Ueber in Farben bemalte Möbel“ — „Das Buffet und seine Ausstattung“ — „Ueber die Zukunft des Kunstgewerbes“ usw. usw. — Die Illustrationen des Werkes sind vorzüglich ausgeführt. Wer in der Lage ist, den Kostenpunkt nicht zu scheuen, dem können wir die Anschaffung des Werkes nur empfehlen.

### Briefkasten der Redaktion.

Brecht, D. S. Rein. Nach Beendigung bez. Aufl. des Arbeitsverhältnisses hat der Geselle von dem Meister weder Kost noch Logis zu verlangen. Früher, unter dem sogenannten patriarchalischen Verhältnis, war es Brauch, daß der Geselle nach seiner Entlassung noch eine Nacht das Quartier des Meisters benutzen konnte. Ein Recht in dieser Beziehung gab es auch damals nicht.

Anklam, W. A. A. Kaufen Sie sich in der Ihnen zunächst gelegenen Buchhandlung die „Genetbeordnung“, darin finden Sie die Bestimmungen über die Sonntagsruhe und Lohnauszahlung. Eine Spezialbrochure über die beiden angezogenen Materien ist uns nicht bekannt. Was Sie mit der Sonntags-

Sohnauszahlung meinen, ist uns nicht recht klar geworden. Einerlei nun, ob Sie die Auszahlung des Lohnes am Sonntag oder die Bezahlung der Sonntagsarbeit meinen, Welches ist Gegenstand gegenseitiger Vereinbarung. — Inhalt des Arbeitsvertrags.

Briefkasten der Expedition.

Kann uns ein Kollege nicht eine oder mehrere Firmen nennen, welche vorzügliche Drechsler- und Bildhauerarbeit liefern? Die Firma Saueremann in Hensburg, welche wir dem Interessenten empfehlen, hat es nicht der Mühe werth gehalten, denselben auf eine Anfrage hin zu antworten.

Ferner wünscht ein Kollege wiederholt zu wissen, wo er fertig ausgeschweißtes Kirschbaumholz zu Kofokombeln bekommen kann.

Wir waren schon oft in der misslichen Lage, den verschiedenen Fragestellern nicht die gewünschten Bezugsquellen nachzuweisen zu können und wandten uns deshalb an die Kollegen, um deren Rath und Ausschilfe bittend; leider sind wir nur in wenigen Fällen berücksichtigt worden. Wir sind überzeugt, daß es den Kollegen, namentlich denen in großen Orten, bei einigermaßen gutem Willen doch nicht schwer fallen kann, uns aus der Verlegenheit zu helfen, indem wir die verschiedensten Fragestellern, welche, wenn auch nicht alle Verbandsmitglieder, so doch Abonnenten unserer Zeitung sind, doch geholfen wäre.

Wir richten aus vorgenanntem Grunde nochmals die Bitte an alle Kollegen, soweit es möglich ist und in ihrer Macht steht, unseren Wünschen Rechnung tragen zu wollen.

Groß-Zimmern, S. D. Das Krankentafelgesetz kostet mit Porto M. 1.30.

Saarbrücken ?? Die Bestellung trägt weder Unterschrift noch Stempel, kann also nicht berücksichtigt werden.

Heiligenhafen, Verbandsmitglied. Die gewünschte Firma in Lübeck, welche in- und ausländische Hölzer, Furniere, Klebstoffe und Bekleidungen liefert, ist Herr S. J. Holst, Moislinger Allee 17. Klebstoffe und Bekleidungen aus inländischem Holze erhalten Sie am selben Orte bei Brüggemann u. Sohn, Gerritstr. 7; J. Frank, Geibelplatz 2.

Lübeck, G. K. Für vorstehende Mittheilung besten Dank.

Fulda, J. W. Der pp. Sturm, welcher der dortigen Zahlstelle mit der gesamten Kasse anrückte, ist gegenwärtig bei seinem Vater hier in Hamburg, Große Drehbahn 39, beschäftigt. Sie wollen also das Weitere veranlassen.

Hinterwalde, O. L. Der Betrag von 60 M ist vorher einzusenden, alsdann erfolgt die Aufnahme.

Untersachsenfeld, A. G. Das dortige Postamt muß bei dem hiesigen Postamt 1, Zeitungsstelle, reklamieren. Wir haben keine Schuld, können auch ebenso wenig etwas daran ändern. Die Beschwerden, außer der Ihrigen noch mehrere, habe ich dem hiesigen Postamt zugestellt.

Hamburg, Winter, Valentinstamp 58, St. 10, II. Mitte August 1892. Der Bevollmächtigte ist Alb. Weisser, Durlacherstraße 17, III.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. (E. S. in Hamburg.)

Bekanntmachungen des Hauptkassirers.

Zuschüsse erhielten für 2. Quartal, vom 1. bis 15. April, folgende Orte: Berlin E. M. 1600, Nordorf 600, Mainz 500, Düsseldorf 400, Fürth 400, Berlin D. 350, Bayenthal 300, Darmen 300, Magdorf 300, Würzburg 300, Gonsenheim 200, Nedarau 200, Oberndorf 200, Elmstein 200, Cotta 200, Thonberg 200, Eutrich 200, Leipzig III 200, Friesenheide 200, Leuchern 200, Bremerhaven 180, Gelsenkirchen 170, Stade 150, Lippoldshausen 150, Widenorf 150, Neuwied 150, Fulda 150, Dauborn 150, Weissensee 150, Feudenberg 150, Höchst 150, Neustrelitz 150, Schweinur 150, Kellertsch 100, Kleinischwer 100, Neulüchheim 100, Rothenditold 100, Köppur 100, Hochheim 100, Kothheim 100, Bittel 100, Speyer 100, Sudenburg 100, Burg 100, Rietheim 100, Saunbach 100, Zeit 100, Vahr 100, Burgdorf 100, Wehringhausen 100, Alzenau 100, Oppeln 100, Wenigenjena 100, Fürth 100, Weierheim 100, Münden 80, Schmiebsfeld 75, Mannsdorf 50, Segeberg 50, Ostrifeld 50, Oldesloe 50, Blantenburg 1. Th. 50, Köppern 50, Laubersbüchschheim 50, Bobenheim 30, Wagenborn 30, Meerane 30, Döbeln 25. Summa M. 11 870.

Krankengeld durch die Hauptkasse erhielten ferner: Somerslab-Beueritz M. 77,29, Maas-Steintuhl 42,90, Kamien-Somerburg 38,18, Noos-Biemringhausen 35,75, Dormann-Bräuhauerstraße 35,75, Fildensbeutel-Reisen 30,98, Schumann-Driesen 14,84, Bulander-Bulante 42,90, Baumann-Hammer 28,60, Fild-Blau 24,8, Scheuer-Seigertshausen 16,98, Arnold-Ettmannsdorf (Sterbegeld) 88, Jahn-Entheim (inkl. Sterbegeld) 117,31, Geißler-Weidenhain (inkl. Krankentafel) 149,76, Signer-Kl. Topela

32,14, Adsch-Karlsburg 88,18, Bientka-Ortowo 22,7, Dietrich-Heltrich 28,60, Krüger-Höhenmühlen 29,48, Gied-Hornbach 16,90, Hellwagen-Anna 26,22, Fürst-Anna 26,20, Raggiarel-Kruckzewo 28,60, Marg-Camberg 28,60, Romb-Schiffersdorf 28,60, Roms-Altpoderschau 28,60, Wiegand-Lüdenheid 28,60, Jenior-Klein-Steinheim 12,87, Bunge-Grabow 24,8, Länger-Lobersleben 24,8, Dettel-Seitenhain (inklusive Sterbegeld) 102,5, Fränkewall-Wierungen 28,8, Gottschalk-Altenhain 24,8, Dehler-Jasens 4,1, Fischer-Oberionheim 5,63, Villain-Groß-Postel 6,2, Beder-Salchendorf 28,60, Prondjinski-Abi-Driesen 23,83, Hüllmann-Warendorf (inkl. Krankentafel) 46,83, Steinlehner-Weisterham 36,12, Bruck-Czerak 15,12, Gutt-Sokolken 28,60, Wegener-Mittfoster 28,9, Ruff-Kerpen 28,8, Deubeln-Glücksburg 20,7, Sultma-Oberhausen 19,7, Pellin-Caternberg 28,60, Staummeiker-Dandorf 26,22, Mübenach-Altenessen 28,60, Frid-Rothentirchen 26,9, Hoffmann-Steinheim 24,8, Hoser-Karlstadt 15,68, Weber-Lübchen 7,15, Wid-Brüsel (inkl. Sterbegeld) 204,75, Lammer-Steinheim (Sterbegeld) 88, Baatich-Laucha 46,7, Schmittner-Weilerwies 22,7, Sperling-Förstel 21,45, Ebel-Siemens 33,80, Beschel-Mittlung 28,60, Röhler-Vangensfeld 14,5, Stadt-Stolz 12,4, Koch-Wingen 12,4, Wulst-Brech 16,5, Uedga-Laucha 36,12, Wrobel-Torgau (Krankentafel) 8,70, Pfeifer-Eutin (Krankentafel) 17,20, Preißig-Entheim 6,2, Krahe-Altenberg 37,10, Hildebrand-Lante 24,8, Brodshäger-Schiffersdorf 15,68, Steiner-Vertoldsdorf 10,3, Hälsig-Niederbrantenhain (inkl. Sterbegeld) 92,77, Röder-Mörsingen 20,45, Kruse-Ducherow 14,5, Emonts-Herne 10,78, Dieckhoff-Courp (Krankentafel) 9, Mühe-Dersdorf (Krankentafel) 4, Liepelt-Neuhaldensleben 39,57, Jürgens-Rageburg (Krankentafel) 89,20, Huber-Brudberg 22,10, Einke-Priesterberg 12,4, Klez-Whdamp 24,8, Kneiste-Stolpe (Krankentafel) 23,20, Warth-Leisnig 12,4, Häusler-Jehlen 17,87, Hof-Großhofheim 14,30, Damen-Süllen, 14,30, Schwam-Landsberg 24,8, Baur-Holzmaben 14,30, Weidemann-Schönningen 9,53, Jollmann-Strebelin 16,90. Summa M. 2843,60.

Ueberschüsse sandten ein für 2. Quartal vom 1.—15. April folgende Orte: Hamburg IV M. 700, Kiel 400, Ottenfen 300, Hensburg 200, Weinheim 200, Hamburg II 168, Friedrichsdorf 150, Köhnenbroda 150, Fellbach 100, G. Dobritz 100, Hainbach 100, Hildorf 100, Jiversgehofen 100, Neumühlen 100, Schlei 100, Wilmersdorf 100, Debschütz 90, Zittau 90, Stadtilm 80, Remezna 60, Dettingen 60, Pöhned 60, Tiegendorf 60, Memmingen 50, Neuhausen 50, Niederramstadt 50, Strehla 50. Summa M. 3768.

E. Jacobs.

Adressen von Herbergen und Verkehrslokale für Tischler.

- Altenburg. H u. A: „Gute Quelle“, Leichstr. R. Zahlh. Kass. Hausotte, Mauergasse 5b III.
Altona. H, V u. A (auch für Korbmacher) bei Ebler, Vorderstraße 37.
Augsburg. H und V: „Baritätsmirth“, Georgstr. Das R. Abends nur v. 6—7 Uhr.
Aischeleben. H, V u. A im „Prinz von Preußen“, vor dem Wasserthor.
Barmen. H u. V bei E. Hedmann, Brucherstraße 7. A: Mittags und Abends.
Berlin. H und V befinden sich Ritterstr. 123, bei Stramm.
Brandenburg. H Wollenweberstr. 3 b. Kolbe, A Sieberstr. 13 b. Schindler, das R. 12-1-7-8.
Braunschweig. H u. A b. Müller, Weberstraße 10, das R. v. 7 1/2—8 1/2 Uhr Abends.
Bremen. H u. A b. Feiner, Zins, Starckenstraße 3. Das R. Nach Korbmacherherberge.
Bremerhaven. H u. A bei Dredmeyer, „Zur Sonne“, Osterstraße 8. R. ebendort.
Breslau. V Heinrichstr. 5; H Messergasse 32, (Schmiedebude 52); R bei Rabon, Mathiasstraße 50, 8. Etg.
Cassel. H und A im Gasthaus zur „Stadt Honiberg“, Graben 60.
Charlottenburg. H, V und A bei Hrn. Reeg, Wallstr. 47.
Chemnitz. H Bismarckstr. 10. R b. Paul Ulrich, Painstr. 31, III, Mittags v. 12-1 u. Abends v. 7-8 Uhr.
Coblenz. H bei Wwe. Gräfen, Wöllergasse 2, „Zur Carlsburg“. Au. R. Mittags v. 12—1, Abds. v. 8—9 Uhr.
Cottbus. H u. A b. A. Lehninger, Schloßstr. 88. R v. 12-1 u. 7-8 u. b. J. Koad, Gr. Mauerstr. 208a, am Kloster Kirchplatz.
Crefeld. H u. V V. Koster, 10 bei Wolf; R bei E. Wiederhues, Schulstr. 38.
Darmstadt. H u. A b. Blome, „Stadt Mannheim“, Schloßgasse 27. V bei Cramer, Arheilgerstr. 50.
Deffau. H in „Stadt Braunschweig“, Leipzigerstr. 24. A daselbst jeden Abd. v. 8-9 Uhr.
Dresden. A der Hofarchitekt Sell's Gasthaus, St. Brüdergasse 17. Das. alle 14 Tage Dienstags Vereinsabend.
Düsseldorf. V u. A b. Frau Böcken, Zentralherberge, Klingstr. 37/38, R b. A. Freudenmacher, Wandelstr. 9, II.
Elberfeld. H, V u. A bei Hrn. Gerbracht, Bleichstr. 14 (Am Stadthaus).
Hensburg. H u. V b. C. Haß, Schleswiger Chaussee. R b. J. Kühn, Vorderstr. 128, von 12-1 u. 6 1/2—8 Uhr Abds.
Frankfurt a. M. Zentral- und A: „Prinz Karl“, Alte Mainergasse 32, V im „Rehkopf“, Kruggasse 4.
Fürth. H u. V, Gasth. z. grünen Baum. R b. C. Dornseiff, Hirschstr., v. 12-1 u. 5-8 Uhr.
Gera. H u. V: „Gasth. z. Preussischen Hof“, Köppl. A von 8—9 Uhr Abends.
Halberstadt. H u. A bei Schröder, „Prinz von Dranien“, Weststr. 54, R. Zahlh. Robert Jhle, Dükergraben 15.

- Halle a. S. H u. V b. Tschepke, Martinsberg 5, daselbst A und R.
Hamburg. H, V und A b. Ramn, „Leistungshalle“, am Gäusemarkt.
Hannover. H u. V bei Helsen, Bergstraße 9. Daselbst A und R.
Leipzig. H u. A Universitätsstr. Ritterstr. 7.
Magdeburg. H u. V Neustädterstr. 42, bei Winkler, Kassirer R. Schlei, Scharstr. 4, R von 6 1/2—7 1/2 Uhr Abds.
Mannheim. H u. A Zentralherberge, T. 6, 1c.
Meißen. H u. A Hofweg 320, das R. V-Resort. Hartmann, Burgstr., das alle 14 Tage Verf.
München. H u. V Kreuzbräu, Brunnenstr. 7. A jeden Abend von 7—8 Uhr.
Münster. H, V u. A im Gasthaus zum „König von England“, Breitegasse 31.
Oldenburg. Bevollm. D. Meier, Rellenstr. 17. V u. A bei Kendermann, Kurwidstraße 28.
Pforzheim. Zentralherb. u. A Gasthof „Zum Heidelberger Faß“, Westl. C. Fr. Str. 11.
Potsdam. H u. V, „Roths Schänke“, Döhlen. R. R. Wittig, Schulstr. 8b v. 7 1/2—8 1/2 u. Abds.
Prenzlau. H Gasth. z. gr. Baum, Brinzenstraße 633. Kassirer Ferd. Rame, Hospitalstraße 510, I. Das. R. v. 12-12 1/2 u. 7 1/2-8 1/2 u.
Schwerin. H u. V bei C. Dörloff, Gr. Moor 49, das. A u. Zahlh. d. R.
Solingen. H, V und A bei Peter Gierlich, Föhnerstraße.
Weisbaden. V bei Eller, Schwalbacherstr. 3. H, A u. R b. Apel, Gemeindebadgässchen 6.

Verjammlungs-Anzeiger.

- Altona. Dienstag, den 25 April, Abends 8 1/2 Uhr, bei Ebler, No. 37. Tagesordnung: Bericht der Lokalverwaltung und der Arbeitsnachweis-Kommission. Bericht über die Bibliothek und Zeitungsabportage. Fragelasten. Verchiedenes. Die Lokalverwaltung.
Gelsenkirchen. Samstag, den 29. April, Abends 8 1/2 Uhr, beim Wirth Köbbing, Weidenstr. 27. Tagesordnung wird in der Verjammlung bekannt gegeben. Allseitiges Erscheinen dringend nöthig. Die Lokalverwaltung.
Wandsbeck. Dienstag, den 25. April, Abends 8 1/2 Uhr. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Wie ist dem schlechten Besuch der Verjammlungen abzuwehren? 3. Verchiedenes.

Anzeigen.

Anzeiger, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstags Vormittags in unseren Händen sein.
Deutscher Tischlerverband. (Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Pfg.)
Rumpenheim a. M. Bevollm. J. Sammel, Kruggasse; Kassirer R. Fromm, „Im Hirschchen Hof“. Daselbst Reiseunterstützung Mittags von 12 bis 1 Uhr und Abends von 6 bis 7 Uhr.

Göttingen.

Das Verkehrslokal für durchreisende Kollegen befindet sich von jetzt ab:
Neustadt Nr. 29,
„Gasthaus zur goldenen Traube“.
Wir eruchen die Kollegen, dieses zu beachten und nur dort zu verkehren.
Die Ortsverwaltung.

Stralsund.

Allen Verbands-Mitgliedern hiermit zur Kenntniß, daß wir im Lokale
„Zu den drei Kronen“, Bödcherstr. 29,
einen Arbeitsnachweis errichtet haben. Eröffnet ist derselbe Abends von 8—9 Uhr.

Berichtigung.

Die Generalversammlung der Central-Kranken- und Sterbekasse findet nicht, wie vom Vorstande irrthümlich in Nr 16 der „Neue Tischlerzeitung“ angegeben wurde am Montag, den 21. und Dienstag, den 22. Mai, sondern Montag, den 22., und Dienstag, den 23. Mai, statt.
Der Vorstand.
J. A. Moritz Kühn, Vorsitzender.

Verband freier Krankentafeln (Sitz Hamburg).

Den Beamten der örtlichen Verwaltungen von Leipzig und Umgegend
zur Nachricht, daß an Stelle des verstorbenen Vertrauensarztes Dr. med. Eichler, dessen Nachfolger Herr Dr. med. Wiles, Zeitungsstr. 3, III, gewählt ist. Sprezeit von 11—12 Uhr und 2—4 Uhr. Sonntags von 10—12 Vormittags.
Die Kommission in Leipzig.
Alle Anfragen an die Kommission sind zu richten an Herr A. Schmiedel, Neukirchhof 32, I.

Ein Kaufmann.

unverheiratet, 27 Jahre alt, evang., Geschäftsführer in einem der größten Möbelgeschäfte Ober-Schlesiens, welcher den Verkauf vollkommen besorgt,
sucht
gestützt auf die besten Zeugnisse, pr. 1. Juli cr. in derselben oder ähnlichen Branche eine dauernde, möglichst selbständige Stellung. Derselbe ist in der einfachen und doppelten Buchführung vollkommen firm und ein gewandter Korrespondent.
Gefl. Offerten erbeten unter R. 950 an Rudolf Morfe, Breslau.

Gesucht ein tüchtiger Polirer,

welcher bei einem Verdienste von circa M. 5 pro Tag geg. Provision eine großart. Politur an Tischler u. verk. will. Off. u. E. O. 1893 an die Exped. d. Bl.

Die zehn Gebote und die besitzende Klasse.

Nach dem gleichnamigen Vortrage von Adolf Hoffmann,
Redakteur des Zeiter „Volkboten“,
Dritte durchgesehene und vermehrte Auflage.
zu beziehen gegen vorherige Einzahlung von 35 Pfg. durch die
Expedition der „Neuen Tischler-Zeitung“.

Gründlichste Ausbildung durch brieflichen Unterricht in Buchführung (auch landwirthschaftl.) kaufmänn. Rechnen, Wechsel-Lehre, Schönschrift und Deutsche Sprache g. geringe Monatsrat. Verl. Sie Prosp. u. Lehrbriefe 1 fr. und grat. zur Durchsicht vom Ersten Handels-Lehr-Institut Jul. Morgenstern, Magdeburg, Jacobstrasse 37.

Neu! Nur für M. 12,80. (Incl. M. 16) versch. d. sehr beliebt. D. R. P. Accord-Zithern (Nr. 29930) Geßl. geich. Stimmungvorrichtung; 24 Saiten, 6 Manuale, in 1 Stunde erlernbar. (Von wunderwolf) „extra hochsein“, mit Schule, Liedern, Notenpult, Stimmstange, Schüssel, Ring u. ff. Guis, Serpad. 50 M. geg. Nachn. (Billig Bezugsqu.) J. O. Scholz, Königsberg i. Pr.

Wichtig für Baumeister und Tischler. Zum Weiterbetriebe oder zum Abbruch ist eine Dampfzählerlei für Bau und Möbel, sowie lohnende Spezialartikel in einer größeren Stadt der Provinz Polen baldigst für den festen Preis von M. 4500 verküpflich. Gefl. Offerten unter „Tischlerei“ an die Exped. des Tageblatts, Wissa i. P., zu richten.

Gelegenheitskauf. Noch nicht 1 Jahr gebrauchter, daher wie neuer 3pferdiger Adam'scher Ventil-Gasmotor, komplet, für zirka die Hälfte des Anschaffungspreises abzugeben. A. Riessler, Maschinenfabrik, Zerbst i. Anh.

Im Verlage von G. Stomte-Diesfeld ist soeben erschienen und durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen:

**Das Leben Jesu.**

Eine historisch-kritische Abhandlung zur Aufklärung des arbeitenden Volkes. 84 Seiten, eleg. brosch., Preis 40 s. Gegen Einsendung von 45 s. in Briefmarken auch direkt vom Verlage zu beziehen.

**Gelegenheitskauf.**

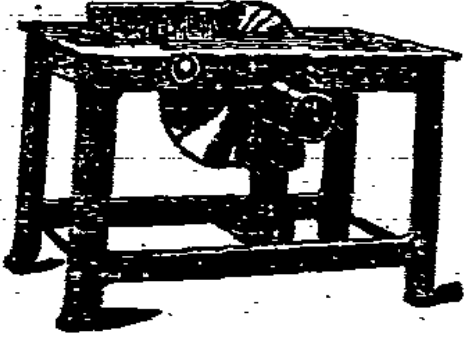
Wenig gebrauchter, Ipfend. steh. Gasmotor, Buss Sombart, neuester Konstruktion, verkauft unter Garantie für zirka die Hälfte d. früheren Kostenpreises.

**A. Riessler, Maschinenfabrik,**  
Zerbst i. Anh.

**Carl Niebuhr, Maschinenfabrik,**  
Altona, Palmaille 68,

empfiehlt Maschinen für Holzgerereien, Feinmechanik, Kistenfabriken und Dampfmotoren.

Dampfmaschinen, Transmissionen.  
Spezialität: Sägemaschinen.

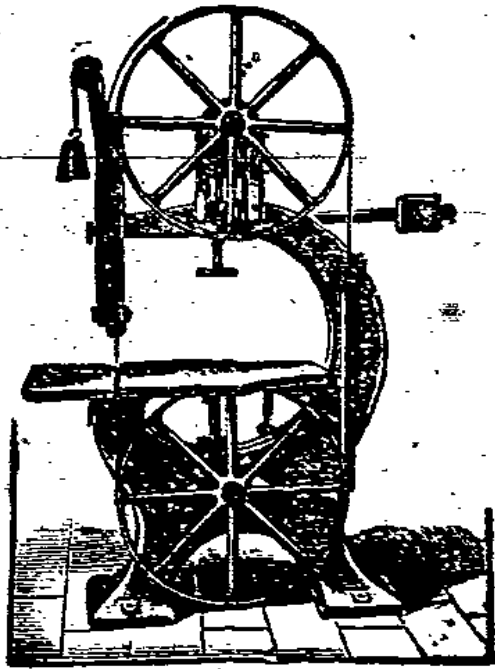


**H. W. Almind Nachfl., Hamburg.**  
(C. F. J. Bickel & Th. Stoltenberg.)

Lager von in- u. ausländischen  
**Hölzern**  
in allen Dimensionen,  
sowie auch reichhaltiges Lager von  
Säge-, Messer-, Wasserfontainen z.

**Waldemar Augustiny**  
Rathhausmarkt 20, Altona.  
Spezialität:  
**Tischler-Werkzeuge**  
Preislisten gratis.  
Garantie für solide Arbeit.  
Gegründet 1800.

**Tischlerwerkzeuge Ia.**  
in anerkannt vorzüglich. Güte u. Form, prämiirt mit höchsten Preisen. Niederstrasse 123. (Auswärtigen Interessenten z. gef. Notiz, dass ich keineminderwerthige, sogen. Händlerwaare fabrizire.) Meine beliebten Putzhobel mit Stahlsohle für Möbeltischler werden nach wie vor für M. 8,50 überall hin franko versandt.



(L. D. Wandjäge.)

Wer das Beste und Praktischste auf dem Gebiete der  
**Tischlerei-Maschinen**  
kaufen will, wende sich an die Spezialfabrik von  
**Böttcher & Gessner, Altona.**

**Hobelbänke**

in sauberer, trockener Waare empfiehlt mit Schrauben- und geschwiedeten Bandhaken,  
Blatt von cm 155 170 190 200 230  
3" Holz, M. 31-33 35 37 39  
Schraubböcke u. Schraubwinger,  
**Hermann Bergs,**  
Liegnitz i. Schl.

Versand gegen Kasse und Nachnahme.

Spezialität:  
**Prima Möbel-Lackirung.**  
**August Wacker,**  
Hamburg,  
Rothebockstr. 3, früher: Neuer Steinweg 64.

**Holzbearbeitungs- und Wasserwaagen-Fabrik**  
mit Dampftrieb.  
**Petersen, Blohm & Hahn,**  
Altona,  
Hobekstraße Nr. 219.

**Paul Horn, Hamburg.**

**Fabrik chemischer Produkte.**

Comptoir: Hamburg, Admiralitätsstrasse No. 23.  
Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

- Paul Horn's Mattpräparate** (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's Monopol-Polituren** (Schellack-Polituren ohne Oel-anwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's wasserechte Beizen** in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke**, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's Schellack-Porenfüller**, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte** sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke** werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
- Paul Horn's Flintsteinpapiere** sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's diverse Sorten Leim** sind preiswerth und von ff. Qualität.
- Paul Horn liefert Ia. rektifiz. 96 proz. nicht stinkenden Spiritus**, unter zollamtlicher Kontrolle denaturirt.
- Paul Horn ist preisgekrönt** Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.
- Paul Horn erhielt das Preisdiplom** auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
- Paul Horn besitzt das Ehrendiplom** der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
- Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen** aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen. effektuirte im Jahre 1891 6528 Aufträge.
- Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.**

**Sengstack & Lehmann.**

Hamburg. Herrengraben Nr. 8/9. Hamburg.  
**Eisenwaaren-Handlung.**  
Komplettes Lager von Werkzeugen für Tischler und Bildhauer.  
Hobelbänke, Hobel, Schraubwinger, Böcke, Knechte, amerik. Hobel, Holz-Aufsätze, Sägen, Hölzer zc. Große Auswahl in feinen Möbelbeschlägen in Nickel, Cuivre poli, verguldet, Eisen- und Aluminium-Bronze.

**Wibrow & Schmidt,**  
Altona, Gr. Bergstr. 54.  
Holz- und Feinmechanik-Handlung.  
Spezialität: Nussb. Maser.  
Billige und reelle Bedienung.  
Gratismuster franko.

**Paul Marcus & Frank,**  
Holzbearbeitungs- u. Parquetfabrik.  
Ottenstein, Donnerstr. 4.  
Spezialität: Sämmtliche Hobel- u. Reblarbeiten für Bau- und Möbeltischler.  
Rehlleisten von in- und ausländischen Hölzern. Bekleidungen und Futter zc. aus preussisch. und schwedisch. Holz.  
Fertige Thüren u. Fenster in solidester Ausführung zu billigsten Preisen.

**Albert Kühn,**  
Hamburg, Neust. Neustraße Nr. 26.  
Komplettes Lager aller Arten Möbelbeschläge u. Möbelschlösser.  
**Möbelrollen.**  
Fertige Holz-Aufsätze für Schränke, Bettstellen u. Verticos etc.  
Solid gearb. Hamburger Fabrikat

**Band- und Kreis-Sägen.**  
**Rehlleisten**  
in allen Holzarten liefert in sauberster Ausführung zu billigsten Preisen die  
Holzbearbeitungs- u. Rehlleistenfabrik  
**Gundlach & Asmussen,**  
Altona, Mörkenstr. 24.

**W. Bremer,**  
Altona, Königstraße 80,  
liefert  
Werkzeuge, Hobelbänke, sowie sämmtliche Sorten Hobel, Sägen zc., gleich fertig zum Gebrauch mit bestem englischen Werkzeug. Versand nach allen Gegenden des In- und Auslandes.  
Nichtpassendes wird bereitwillig getauscht. Man verlange Preisangabe.

Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

**Stuttgart.**  
Zentral-Bergerg. „Gasthaus zum Hirsche“ Zentral-Arbeitsnachweis.  
Hirschg. 14.  
Zentral-Verkehrslokal der vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts.  
Des reichsten Gesessens empfehlen wir das in schönster Lage der Stadt — nächst dem Rathaus — gelegene  
„Gasthaus zum Hirsche“, Hirschg. 14,  
zur gefälligen Benutzung.  
Der Geschäftsbetrieb des Hauses steht unter eigener Verwaltung, wodurch die Garantie gegeben ist, daß die Wünsche der Reisenden in vollstem Umfange Berücksichtigung finden.  
Vollständig zweckloser Rest der hiesigen und angrenzenden Gesessens in den Hirschg. - Kammern. — Ausgezeichnete Fremdenzimmer mit guten und billigen (sich selbstverständlich neuen) Betten. — Sorgfältige und hoch billige Speisen und Getränke. — Freundliche und aufmerksame Bedienung.  
In den Bekleidungskammern liegen sämtliche Gewerkschafts-Blätter wie auch die wichtigsten politischen Zeitungen auf.  
Zahlreichem Zuspruch heutzutage entgegen  
Die vereinigten Gewerkschaften  
Stuttgarts.  
Stuttgart, im April 1893.  
Neu eröffnet!

Gegr. 1883. **Benz & Cie.** Gegr. 1883.  
**Rheinische Gasmotorenfabrik Mannheim.**  
„Gas-Motor Benz mit Glührohrzündung“  
„Benzin-Motor Benz mit Glührohrzündung“  
„Petroleum-Motor-Benz mit Glührohrzündung“  
stehender und liegender Anordnung von 1/2-100-Perdekräfte.  
Prompte und reelle Bedienung bei grösster Coulanz im Verkehr.  
Export nach allen Ländern. — Man verlange Prospekte.  
Im Jahre 1891 wurden von der Fabrik 500 Motore in Betrieb gesetzt.  
Tüchtige Vertreter gesucht.  
Anerkannt bester und billigster Motor der Gegenwart.

